

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

## „Sag mir, wo du stehst ...“

Fast jeder kennt das Lied vom Oktoberklub. Sein Refrain paßt auf den Jahrestag des 13. August 1961. Damals war ich gerade zwölf-einhalb Jahre alt. Wie fast in jedem Jahr verbrachten wir einen Teil der Ferien an der Ostsee. Meine Mutter, eine Antifaschistin, die als Einundzwanzigjährige die totale Zerbombung ihrer Heimatstadt und mit ebensoviel Glück den Faschismus überlebt hatte, war in diesen Sommertagen sehr besorgt. Man mußte nicht „Bild“ kaufen, um die Hetz- und Haßparolen gegen die DDR, die am Kiosk des Zeitungshändlers prangten, wahrzunehmen. Aus den Radios tönten die BRD-Sender in gleicher Weise. Dann kam der 13. August. Warum sich meine Mutter so über die den Frieden garantierenden Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR freute, erfaßte ich damals erst in Umrissen. Immerhin. Die DDR, das hatte ich schon als Kind erfahren, bedeutete Antifaschismus, Schluß mit den Nazis, die „bei uns“ in Ministerien, Ämtern aller Ebenen, Uniformen und auch als unsere Schullehrer herumliefen. Das ganze Gewicht des 13. August 1961 begriff ich erst im Laufe der Jahre, trotz der sprachregelnden Erklärungsmuster des deutschen Imperialismus: „Mauer gegen das eigene Volk“.

Die Zeit unmittelbar vor der Befestigung der Staatsgrenze der DDR in Berlin und der konterrevolutionäre Putschversuch vom 17. Juni 1953 sind nicht voneinander zu trennen. In beiden Fällen wurden die ersten großen Versuche zur Beseitigung der DDR unternommen. Im Juni 1953 und im August 1961 wollte der deutsche Imperialismus seine Herrschaft wieder bis an die Oder vorschieben, um das Terrain für weitere Aggressionen zur Zerschlagung des sozialistischen Lagers zu schaffen. Um nicht weniger ging es. Der Klasseninhalt der Geschehnisse jener Jahre war durch die Absicht der Verfechter des Kapitalismus charakterisiert, schon damals das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden.

Doch groß ist das Bestreben, die Daten der Geschichte durch Verdrehung und Fälschung „aufzuarbeiten“, die Tatsachen zu verschleiern, die die Verschwörung von NATO und BRD gegen Frieden und Sozialismus belegen. Vor dem 17. Juni gab es das „Juno-Programm“ der CIA und der Organi-

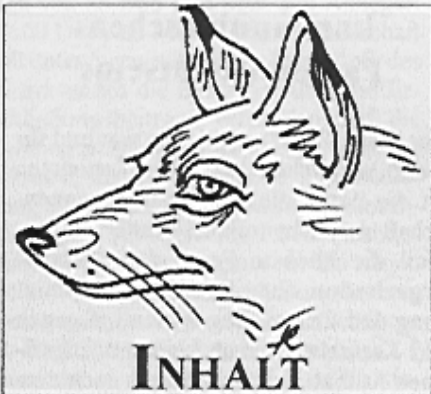
sation Gehlen, die tagtägliche Diversantentätigkeit des RIAS, die Anschläge der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, die heimtückische Rolle des Ostbüros der SPD usw.; vor dem 13. August wurde die Bundeswehr zeitweilig aus der NATO-Struktur entlassen, um ihr die Hände „zur Lösung nationaler Aufgaben“ freizumachen, damit die geplante Aggression als „innerdeutsche Angelegenheit“ getarnt werden konnte. Hinzu kamen sich häufende Brandanschläge, so auf den Berliner Schlachthof, die Humboldt-Universität und andere Objekte, sowie die Schürung einer „Massenflucht“-Psychose. Die Welt müsse auf „eine Art Bürgerkrieg auf deutschem Boden vorbereitet sein“, stimmte Bonns „Verteidigungs“minister J.F. Strauß am 1. August 1961 bei einer Rede in New York die Weltöffentlichkeit ein.

Die DDR entwickelte sich bekanntlich nicht im luftleeren Raum oder gar in paradiesischer Umgebung, sondern unter Bedingungen härtesten Klassenkampfes. An ihrer Westgrenze stand ein bis an die Zähne bewaffneter Feind, der ihre Existenzberechtigung von der ersten Stunde an bestritt. Adenauers Reaktion auf den 13.8. („Ja, dürfen die denn det?“) unterstreicht, wie sehr die Bonner Politiker ihre völkerrechtswidrige Arroganz verinnerlicht hatten. Doch es ging nicht nur um Leugnung des Daseinsanspruchs der DDR: Dieser Feind tat auch alles, um dem sozialistischen deutschen Staat das Genick zu brechen, wobei er das Risiko eines Krieges durchaus einkalkulierte.

Gegen solche Bedrohung wurde am 17. Juni und am 13. August gehandelt. Wer das nicht - oder nicht mehr - sehen will, hat sich in einer Welt „ohne“ Klassegegner eingerichtet. Das mag gemütlicher sein - von der Wirklichkeit ist es weit entfernt.

„Was immer ihr auch tun werdet, was immer ihr auch tun müßt - vergeßt eines nicht: Wer auch nur ein Stück der Macht aus der Hand gibt, ist im internationalen Klassenkampf verloren“, sagte Fidel Castro im Oktober 1989 zu DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler, mit dem er in Havanna zusammentraf. Am 17. Juni 1953 und am 13. August 1961 beherrschte diese Grunderkenntnis

Fortsetzung auf Seite 2



<b>Zum Jahrestag des 13. August 1961</b>	S. 1
* Wahrheiten gegen Geschichtsfälschung	
<b>Wider den Revisionismus</b>	S. 2
* Aus dem Buch von Kurt Gossweiler	
<b>Preisfragen - Fragezeichen</b>	S. 3
* Noch eine Lektion zur Geschichte	
<b>Unter fremder Flagge</b>	S. 4
* CDU mit NBI im Wahlkampf	
<b>Bald neue Friedensmission?</b>	S. 5
* Zum Pfingsttreffen der Revanchisten	
<b>Nazis in Bonner Diensten</b>	S. 5
<b>Die Rache nimmt kein Ende</b>	S. 6
* politische Prozesse gegen DDR-Bürger werden fortgesetzt	
<b>Kuba aktuell</b>	S. 7
* Eine DKP-Brigadistin berichtet	
* Vorgestellt: Netzwerk Kuba	
<b>KP Griechenlands prinzipienfest</b>	S. 8
<b>Die kommunistische Bewegung in Rußland</b>	S. 8
<b>100 Jahre Zionismus - 50 Jahre Israel</b>	S. 10
<b>Reporterskizzen</b>	S. 11
* Kissingers Einladung	
<b>Leserbriefe</b>	S. 12
<b>Am Rande bemerkt</b>	S. 14
<b>Abzocker</b>	S. 15
<b>Termine &amp; Infos</b>	S. 16

# Wider den Revisionismus

*Wir wollen Appetit auf das große Buch Kurt Gossweilers zu den Gründen der Niederlage des Sozialismus in Europa - einen Klassiker dieses Genres - machen und bieten unseren Lesern deshalb weitere Auszüge aus dieser treffsicheren marxistisch-leninistischen Arbeit an.*

## Die Zerstörung des kommunistischen Parteibewußtseins

Für Marx, Engels und Lenin war und für jeden wirklichen Marxisten-Leninisten ist die Partei die wichtigste Errungenschaft der Arbeiterklasse, unerlässlich, weil die höchste Form der Klassenorganisation, ohne die es keine Orientierung und keinen Sieg im Kampf gegen das Kapital und auch keinen erfolgreichen Aufbau des Sozialismus nach dem Sieg geben kann. Voraussetzung ist dabei, daß die Partei eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus bleibt, die ständig und konsequent gegen die Verwässerung ihrer theoretischen Grundlagen durch das Eindringen bürgerlicher Ideologie kämpft.

Der Revisionismus als die gefährlichste Form bürgerlicher Ideologie in der Arbeiterbewegung zerstört nicht nur - wie die Geschichte der II. Internationale und der kommunistischen Weltbewegung gezeigt hat - die Einheit der Bewegung, er richtet seinen Angriff auch zielstrebig gegen das marxistische Parteibewußtsein.

Er greift alle Parteigesetze an, die auf die Erhaltung der ideologischen und organisatorischen Einheit und Geschlossenheit der Partei gerichtet sind, indem er sie als „stalinistisch“ denunziert.

... Eine ganz wesentliche Rolle bei der Zerstörung des kommunistischen Parteibewußtseins spielte die Verdrängung des proletarischen Internationalismus durch Nationalismus.

Für wirkliche Marxisten-Leninisten sind alle kommunistischen Parteien aufgrund ihrer gemeinsamen Ziele Teile einer weltumspannenden kommunistischen Bewegung, ganz unabhängig davon, ob dies durch einen gemeinsamen organisatorischen Rahmen dokumentiert ist oder nicht. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943 hat an diesem Bewußtsein der internationalen Zusammengehörigkeit und Verbundenheit nichts geändert.

Eine entscheidende, radikale und verhängnisvolle Zäsur bedeutete jedoch die sowjetisch-jugoslawische Deklaration vom 2. Juni 1955. In ihr hieß es - unterzeichnet von Tito und Chruschtschow: „Beide Regierungen gehen von folgenden Prinzipien aus: ... gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten - Einmischung weder aus wirtschaftlichen noch aus politischen, ideologischen oder sonstigen Gründen - , da die Frage der inneren Einrichtung, des Unterschieds in den konkreten Formen der Entwicklung des

Sozialismus ausschließlich Sache der Völker der einzelnen Länder sind.“

Mit Chruschtschows Unterschrift unter diesem Dokument verriet die KPdSU das marxistisch-leninistische internationalistische Parteiverständnis und führte das revisionistische Prinzip des sogenannten „Nationalkommunismus“ in die kommunistische Weltbewegung ein. Von nun an konnte sich jede kommunistische Partei darauf berufen, daß das alte Prinzip nicht mehr galt, nachdem jede Partei der gesamten kommunistischen Weltbewegung gegenüber rechenenschaftspflichtig ist, und sie konnte nunmehr jede Kritik einer Bruderpartei an ihrer Politik als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zurückweisen. Mit der Annahme dieser Prinzipien wurde die Axt an die Lebenswurzel der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staatengemeinschaft, an den proletarischen Internationalismus gelegt.

Wenn gefragt wird, warum die Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) nicht klappte, dann muß die erste Antwort lauten: Weil auf den Prinzipien der sowjetisch-jugoslawischen Deklaration vom Juni 1955 keine internationale sozialistische Zusammenarbeit aufgebaut werden kann.

**Wer weiter lesen will, muß die Seite 361 aufschlagen.**

*Fortsetzung von Seite 1*

das Handeln der in der DDR Verantwortlichen, die Aktion ihrer Verbündeten.

Ob sich am 17. Juni „entscheidende Schichten“ der DDR-Arbeiter an den Unruhen beteiligten, wie Dr. Jochen Czerny am 29.6.98 im ND als vermeintlichen Beweis für die These vom angeblichen Arbeiteraufstand offeriert, ob vor dem 13. August tausende DDR-Bürger den Verlockungen des BRD-Imperialismus erlagen und deren Zahl im Herbst 1989 lawinenartig anwuchs - das sagt nichts Gültiges darüber aus, welchen Charakter die ergriffenen Maßnahmen trugen. Vor fehlendem Bewußtsein auch von Teilen der eigenen Klasse darf man nicht kapitulieren, sonst begibt man sich auf dünnes Eis. Ist doch die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter zwölf Jahre lang den Faschisten hinterhergelaufen, um am Ende zu deren Handlungen im blutigsten aller Aggressionskriege in der Geschichte Europas zu werden! Schließlich waren es auch „entscheidende Schichten“ der westdeutschen Arbeiterklasse, die in den Sechzigern der APO, dem

Kampf gegen den Vietnamkrieg und dem Widerstand gegen die Notstandsgesetze mit Unverständnis, Ablehnung und Haß gegenüberstanden - bis hin zum Gegröhle am Rand der Demos „Geht doch nach drüben!“ und „Euch muß man alle vergasen!“ Und Zehntausende nahmen damals an den von SPD, DGB und Springer in Westberlin organisierten antikommunistischen Aufmärschen teil. Was am 17. Juni 1953 und am 13. August 1961 zur Zerschlagung der Konterrevolution und zur Verteidigung des Sozialismus vom politisch bewußtesten Teil der Klasse unternommen wurde, lag im Gesamtinteresse der Arbeitenden, auch wenn das einem Teil von ihnen nicht klar war.

„Sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst“, sang der Oktoberklub und er hielt denen, die auf beiden Schultern trugen, den Spiegel vors Gesicht: „Du kannst nicht bei uns und bei ihnen genießen ...“ Schnee von vorgestern, werden viele sagen. Die DDR hat zwar am 17. Juni und am 13. August gesiegt, das Spiel aber vor acht

Jahren verloren. Was soll also die ganze Retrospektive? Man muß darauf mit der Gegenfrage antworten: Haben wir unserer Niederlage wegen etwa das Recht, der Bourgeoisie die Geschichte als Hure zu überlassen und wichtige Ereignisse der Verfälschung preiszugeben oder in unserem Gedächtnis auszulöschen, nur weil die anderen vorläufig gesiegt haben und so mancher nun auch bei ihnen genießt, während Antifaschisten wie Heinz Keßler im Gefängnis sitzen?

Der 13. August 1961 fiel mit dem 90. Geburtstag von Karl Liebknecht zusammen. Sicher war das ein Zufall und dennoch: Die Verteidigung des Sozialismus erfolgte im Geist von Karl und Rosa. Sie haben Krieg und Reaktion widerstanden und den konterrevolutionären Siegern von 1919 ihr Trotz alledem entgegengestellt. Es gilt auch heute und ruft uns zur Solidarität mit allen, die verfolgt und eingesperrt werden, weil sie die DDR und deren Grenze geschützt haben.

**Werner Hoppe, Hamburg**



# Preisfragen - Fragezeichen

„Weiter so“ Preisfrage: Wie heißt der Autor dieses Slogans: Kohl oder Vogts (oder Beckenbauer)?

Wenn 22 Millionäre einige Wochen lang durcheinanderlaufen und aufs feindliche Tor schießen - Preisfrage: Kann das zu etwas anderem führen als zu einem Europa der Milliardäre? Oder andere Preisfrage: Führt eine Ellenbogengesellschaft zu besserem Fußball und zu einem friedlichen Zusammenspiel? Hängt also die Dürftigkeit der WM 98 vielleicht mit dem Kapitalismus zusammen?

Deutsche Reporter lieben es, wenn ein gegnerischer Spieler rüde (neuerdings heißt es: rustikal) zu Fall gebracht wird, von einem „unnötigen Foul“ zu sprechen. Preisfrage: Wann, bitte, ist ein Foul „nötig“? Ein Fernsehreporter jubilierte angesichts der ersten Fußball-Fans in Paris: „Endlich wieder Deutsche am Triumphbogen!“

Warum zeigte man auf dem Bildschirm inmitten deutscher Fans genüßlich solche, die mit preußischen Pickelhauben von 1871 und Stahlhelmen von 1940 geschmückt waren? Besteht da vielleicht - natürlich unbeabsichtigt - ein Zusammenhang mit dem Schlachtruf „Deutschland vor - noch ein Tor!“? Darf's nach dem Brandenburger vielleicht der Triumphbogen sein?

Ein Rubauer kommentierte das spielende Nigeria parteiisch, unsachlich, skandalös falsch. Preisfrage: Wie schürt man Rassismus - über den man natürlich hinterher „empört“ ist? Plötzlich - nach Lens - verschwand aus dem Wortlaut deutscher Medien das Wort „Neonazis“. Stattdessen einigte man sich (die Zensurschere im Kopf) auf das neutralere „Hooligans“. Preisfrage erübrigt sich ja wohl.

Genug von der WM. Gewisse Deutsche taten sich schon immer als schlechte Sieger und schlechte Verlierer hervor. Churchill meinte ja wohl einmal, der Deutsche hängt einem entweder an der Kehle oder er krümmt sich am Boden ...

\*

Am 22. Juni erinnerte kein deutsches Medium an den Überfall auf die Sowjetunion 1941. Dafür gab es allenthalben Reportagen, Interviews, Staatsakte und Jubelfeiern für eine „Luftbrücke, die Berlin vor dem Verhungern gerettet“ habe. Preisfrage 1: Wieso konnten damals Westberliner im sowjetischen Sektor auf ihre Lebensmittelkarten Einkäufe tätigen? Preisfrage 2: Wieso wurden sie von Westberliner Medien als „Verräter“ beschimpft? Preisfrage 3: Hatte nicht General Kotikow, Stadtkommandant von Berlin, Schöneberg die Lieferung von Strom, Kohle und Lebensmitteln angeboten - was aber höhnisch abgelehnt wurde? Preisfrage 4: War das nicht eine merkwürdige „Blockade“? Eher eine Selbst-

blockade? Preisfrage 5 - und nun kommen wir der Wahrheit näher: War nicht das neue Geld - die DM - schon 1947 in den USA gedruckt und nun in Westberlin eingeführt worden mit der Absicht, Deutschland und seine Hauptstadt zu spalten? Sollte nicht die wertlos gewordene Reichsmark über die offene Grenze von West - nach Ostberlin geschmuggelt werden, um die gerade gesundende ostdeutsche Wirtschaft zu torpedieren? Preisfrage 6 (a propos 22. Juni und Luftnummer): Wer hat eigentlich Berlin befreit? War das die „Luftbrücke“ oder die Rote Armee? Wie kam die rote Fahne auf den Reichstag - während doch Amerikaner, Briten und Franzosen weit und breit nicht zu sehen waren? Man wird doch noch fragen dürfen ...

\*

Spitzenmeldungen in allen Medien: Rechtschreibreform oder nicht? Tempo 100 oder mehr? Deutsch für Ausländer oder nicht? Preisfrage: Von welchen Lebens- und Friedensfragen soll mit diesem weltbewegendem Geschwätz abgelenkt, soll Wahlvolk an die Urne getrieben werden? Eigentlich ist die Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen - traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast - dem Herrn Jagoda und seinem Bundesamt für Arbeitslosigkeit vorbehalten. Wieso jetzt vor den Wahlen nicht? Vier Tage lang durften Kohl, Hinz und Kunz, dazu Hauser, Rexrodt & Co. jubeln: Die Trendwende sei da (vor allem im Osten), die Arbeitslosigkeit gehe zurück, weiter so!? Dann durfte Jagoda seine Zahlen bekanntgeben und mußte einräumen, daß sie mit ABM-Mitteln aus Steuergeldern und mit anderen Tricks verweigelt sind. Von einer Trendwende könne man nicht reden. Preisfrage: Aus welchen undichten Stellen (oder Köpfen?) schöpft die Regierungskoalition ihre falschen Erfolgsmeldungen? Und wer schwätzt da unaufhörlich von „freien Wahlen“?

\*

Und Wolfgang Gehrcke in der PDS heftig debattierte Frage - „Angekommen in der BRD oder zurückgeblieben in der DDR?“ - verspricht nicht gerade eine „neue Berliner Republik“ oder einen „Aufbruch in eine andere Gesellschaft“ „Weiter so“ - Was ist das Geschwätz von Vogts und Gehrcke gegen die Wahltraden Kohls und Schröders? Da kann der Kanzler noch so

vielen Schwarzers, Groß', Bressers u.ä. Audienz gewähren - ohne Antwort zu wissen auf die Frage: „Was nun, Herr Kohl?“ Oder auch: „Was nun, Herr Schröder?“

Karl-Eduard von Schnitzler

## Marta Rafael geht in die DKP

Die Sängerin und Schauspielerin Marta Rafael - Lebens- und Kampfgefährtin unseres Genossen Karl-Eduard von Schnitzler - hat in der Berliner Gruppe Nordost um Aufnahme in die DKP gebeten. „Ihr seid



eine Truppe, mit der man sich in jedem 'Schützengraben' sicher fühlen kann“, erklärte Marta nach der jüngsten Mitgliederversammlung dem Gruppenvorstand. „Ich will zu euch gehören.“ Die bekannte Künstlerin, die seit 1956 politisch nicht mehr organisiert war, zählte seit langem zu jenen Menschen, die man zurecht als parteilose Kommunisten bezeichnet. Sie nahm am Leben der Parteigruppe regen Anteil.

## In eigener Sache

Seit Februar haben den „RotFuchs“ zahlreiche Leserinnen und Leser finanziell unterstützt. Ihre Solidarität ermöglicht überhaupt erst das Erscheinen unserer kleinen Zeitung, die nur von einer DKP-Gruppe getragen wird. Wir danken allen Helfern und Förderern für Briefmarken- und Geldspenden und bitten unsere Leser: Haltet den „RotFuchs“ auch weiterhin über Wasser.

Eure Redaktion

## Unter fremder Flagge

Es ist weder neu noch originell, wenn die CDU unter „fremder Flagge“ ihre für die Bürger der neuen Länder verhängnisvolle Politik schmackhaft zu machen und wie der Rattenfänger von Hameln mit süßen Tönen Wählerstimmen einzufangen sucht. Täuschungsmanöver sind in der mehr als zweihundertjährigen Geschichte des Parlamentarismus gang und gäbe.

So schwenkten in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts die „feudalen Sozialisten“ den „proletarischen Bettelsack“ als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich zu sammeln, das aber, wenn es ihnen folgte, auf ihren Hintern die alten feudalen Wappen erblickte und sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter wieder verließ. (Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4/83)

1915 bemühte sich in Rußland ein Herr A. Potressow unter der Flagge des Internationalismus und der Marx'schen Methodologie seinen Nationalliberalismus dem Volke schmackhaft zu machen, Kriegsbegeisterung für Zar und imperialistische Ziele zu erzeugen, was Lenin veranlaßte, gegen diese Mogelpackung seinen Artikel „Unter fremder Flagge“ zu schreiben (LW 21/126 ff.)

Nunmehr segelt die CDU unter „fremder Flagge“, der Flagge der vielgeschmähten DDR, um ihr bröckelndes Ansehen - so weit sie es denn anfänglich gehabt haben mag - unter den von ihr getäuschten Bürgern wieder aufzupolieren.

Anfang Juli fanden wir in unserem Briefkasten die gute alte NBI wieder, die mit einer Auflage von 800.000 Stück größte und beliebteste DDR-Illustrierte. Allerdings, schon beim ersten Durchblättern entdeckten wir schnell die „alten Wappen“, wenn auch nicht auf ihrer Hinterseite, sondern gleich auf dem Titelblatt.

Da erfährt der erstaunte DDR-Bürger, daß das Kanzlerwort von den „blühenden Landschaften“ gar nicht so falsch war. Ja, daß die Zustände in den neuen Ländern nach den dort abgedruckten Meinungen von Rentnern, Jugendlichen, Arbeitern, Frauen, Arbeitslosen, bisherigen PDS-, SPD-, Grünen-, DVU- und Nichtwählern ganz famos sind und daß sie nunmehr CDU wählen wollen. (S. 42 und 43) Eine grandiose Erfolgsbilanz weist uns an ausgesuchten Daten und Meinungen Frau Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des „Instituts für Demoskopie in Allensbach“, nach. Sie versichert uns, daß die Indikatoren für die neuen Länder erkennen ließen, welche Fortschritte ihre Wirtschaft bereits gemacht habe. (S. 15)

Nun ist das mit der Statistik so eine Sache. Wenn schon Fakten und Zahlen, dann bitte alle, und nicht nur „ausgewählte“. Nach Lenin sind Tatsachen, wenn man „sie in ihrer Gesamtheit, in ihrem Zusammenhang“ nimmt, „nicht nur hartnäckige“, sondern auch unbedingt beweiskräftige Dinge. Nimmt man aber einzelne Tatsachen, losgelöst vom Ganzen, losgelöst aus ihrem Zusammenhang, sind die Daten lückenhaft, sind sie willkürlich

herausgegriffen, dann ist das eben nur ein Jonglieren mit Daten oder etwas noch Schlimmeres...“ (Lenin: Statistik und Soziologie. In: LW 23/2/85 ff./ Hervorhebungen bei Lenin) Als Anhänger der Leninschen Methodologie hätte ich bezüglich der CDU-NBI-Postille, von der mittlerweile 6,8 Millionen Exemplare im Osten verteilt worden sind, nichts weiter hinzuzufügen, als die angeführten „Erfolgsmeldungen“ sowie die behauptete Glückseligkeit hiesiger Arbeitsloser mit einigen anderen Fakten zu ergänzen. Wie die DDR annektiert, verkauft, verramscht, verscherbelt, versteigert, „saniert“ und privatisiert wurde, wie eine ganze Industrie, wie wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen in kurzer Frist abgeräumt wurden - darüber schweigt die falsche NBI. Wie sich eine Schar von Westjuristen mit zehntausenden Ermittlungsverfahren hier austobte und aufrechte Antifaschisten, Funktionsträger der DDR wie Heinz Keßler, Klaus-Dieter Baumgarten, Gerda Klabuhn und Karl Leonhardt, um nur vier der noch in Haft Befindlichen zu erwähnen, ins Gefängnis warf - Rechtsbrüche, die selbst bei bürgerlichen Experten des In- und Auslandes mehr als Bedenken hervorriefen -, davon ist in der CDU-NBI ebenfalls nichts zu finden.

Doch all dies zeugt wirklich von erfolgreicher CDU-Politik, über die bereits eine beachtliche wissenschaftliche Literatur existiert. Es ist völlig falsch, zu behaupten, daß die Politik der CDU gescheitert sei, daß ihr Fehler unterlaufen seien. Im Gegenteil: Die CDU - politischer Repräsentant der großen Konzerne, Handelsketten, Versicherungen und Banken, der Großaktionäre - hat in historisch kürzester Frist, der Kapitallogik folgend, die Werktätigen der DDR als Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel- und zwar unabhängig davon, in welchem Maße sie sich dessen bewußt waren - enteignet. Sie hat sie in eine exploitierbare Masse von Proletariern verwandelt und den ökonomischen Gesetzen der Kapitalverwertung unterworfen. Banken, Versicherungen, Konzerne, Handelsketten und Immobilienhaie haben märchenhafte Profite aus der DDR herausgeholt, sich einen neuen Markt erschlossen und damit die Auswirkungen der bereits in den 80er Jahren einsetzenden Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft auf die BRD um ein paar Jahre hinauszögern können. Und der gestiegenen Produktivität in einigen neu errichteten bzw. rekonstruierten Produktionsbetrieben entsprach folgerichtig die Massenentlassung von Arbeitern und Angestellten. Die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen und anderen sozialen Existenzen in den neuen Ländern ist vergleichbar mit den Verhältnissen der ursprünglichen

Akkumulation des Kapitals, wenn diese Analogie natürlich auch keine Identität bedeutet. Ohne Zweifel haben von dieser Politik der CDU nicht nur die Großaktionäre in den Altländern, sondern auch einige Bürger in den neuen Ländern profitiert. Es konnte sich hier eine Neobourgeoisie herausbilden - soweit sie nicht schon wieder bankrott ist - und Opportunisten wie Neubekehrte vermochten sich in entsprechende Pöstchen in Politik und Verwaltung hinaufzuschwindeln. Wenn Wolfgang Schäuble meint, daß es manchmal gut sei, „an die Realitäten von gestern zu erinnern, um Gegenwart und Zukunft richtig einschätzen zu können“ (S. 33), so muß ich ihm zustimmen, wenn auch in einem anderen als dem von ihm gemeinten Sinne.

Wir werden die DDR wirklich nicht vergessen, mit ihren sozialen und demokratischen Errungenschaften, von denen die werktätigen Bürger in den Altländern nicht einmal träumen konnten - trotz ihrer z. T. historisch bedingten Schwächen. Für die Mehrheit des Volkes war die DDR im Vergleich zur kapitalistischen BRD der geschichtlich fortgeschrittenere und bessere deutsche Staat. Diese Erkenntnis setzt sich langsam wieder bei vielen Menschen durch. Daran wird auch die CDU nichts ändern können, so sehr sie ihre Politik mit der fremden Flagge der alten DDR-NBI aufzupolieren sucht. Wir werden uns stets an die „Realitäten von gestern erinnern“, daran, was die CDU-Regierung und die hinter ihr stehenden Mächtigen des Kapitals den Bürgern der DDR angetan haben.

Tatsachen sind nun mal ein hartnäckig Ding, und wenn wir einem englischen Publizisten glauben wollen, dann verhalten sie sich wie Kinder. Sie tun nie das, was sie eigentlich sollen.

Ulrich Huar

**NBI**  
Neue Bilder Illustrierte  
800.000 Stück  
Die Zeitungs- und  
Zeitschriften-Verlage

**Ein Land voller Superlative**

**Die Guinness-Rekordler aus dem Osten**  
Seiten 6-9

**Uran-Gebiet bald wieder Kurparadies**  
Seiten 10-12

**Wo Deutsche sich begegnen, schwinden die Vorurteile**  
Seiten 14-15

**Ein schnittiger BMW 316 i**  
Seite 48

**Gemeinsam sind wir stark**



## Bald neue „Friedensmission“?

„Unmittelbar vor dem Pfingsttreffen der Vertriebenen hat der Bundestag ... die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa nach 1945 als völkerrechtswidrig verurteilt“, meldete der „Tagesspiegel“ am 30. Mai. Gleichzeitig sei die Forderung nach einem Niederlassungsrecht für Vertriebene in Polen und Tschechien nach deren EU-Beitritt bekräftigt worden.

Damit hat das Parlament der BRD, nicht zum ersten Mal, das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, die Konsequenz aus der Niederlage Hitlerdeutschlands in dem von ihm entfesselten verbrecherischen Krieg, für völkerrechtswidrig erklärt! In dem von J. W. Stalin, USA-Präsident Harry S. Truman und Großbritanniens Premierminister C. R. Attlee unterzeichneten Abkommen heißt es nämlich:

„Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung

der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.“ (Hervorhebung im Original)

Wenn die „Vertreibung“ ein Bruch des Völkerrechts gewesen und demzufolge ohne Zustimmung von dessen oberstem Hüter, den USA, erfolgt sein soll, wieso sind dann so viele Deutsche gerade in die amerikanische und die britische Besatzungszone gekommen? Warum haben dann die Amerikaner die Züge aus der Tschechoslowakei nicht an der Grenze zu Bayern einfach angehalten und zurückgeschickt?

Vom Potsdamer Abkommen ist heute weder in politischen Erklärungen noch in den Medien der BRD mehr die Rede. Allein die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, das Zentralorgan des deutschen Monopolkapitals, das nicht von „gewöhnlichen Leuten“ gelesen wird, sondern der Selbstverständigung der Herrschenden dient, bequemt sich zu der Feststellung: ... „der Prager Staat betrachtete und betrachtet dafür (für die ‚Vertreibung‘) als Ermächtigung das Potsdamer Abkommen“. Man beachte: Das Abkommen ist also keine Ermächtigung, es wird in Prag nur als solche betrachtet!

Und die FAZ konstatiert: Die „Untaten“ an Deutschen, auch die genozidähnlichen Massenmorde ... blieben ... bis heute ungesühnt“.

Genozid = Völkermord. Wenn genozidähnliche Massenmorde stattfanden, wieso kamen dann so viele Deutsche in die west-

lichen Besatzungszonen, daß ihre Unterbringung eine „Last“ war?

Das alles nicht, wie im Potsdamer Abkommen als wünschenswert festgehalten, nur in „humaner Weise“ erfolgen konnte, dürfte klar sein. Polen und Tschechen konnten nicht ab 8. Mai 1945 einfach vergessen, wie die deutschen Herrenmenschen mit den slawischen Untermenschen und deren Staaten umgesprungen waren! Lidice und Ausschwitz hatten Wunden hinterlassen, die nie vernarben!

Was der deutsche Imperialismus will, ist klar, wird auch gar nicht verschwiegen, nur über das Wann und das Wie gibt es ein bißchen Gekabbel: Da geht es um die Aufhebung der Enteignungsdekrete der Beneš-Regierung von 1945. Die Erben der „Vertriebenen“ sollen deren Eigentum zurückbekommen. Und wer sein Haus, seinen Boden in Tschechien oder Polen zurückbekommt, na, der wird doch dann eines Tages erscheinen und das Recht haben, sich dort wieder niederzulassen! Das fürchten Polen und Tschechen, trotz des Eifers ihrer Regierungen, der BRD wegen des EU-Beitritts gefällig zu sein. Denn dann wären Zusammenstöße zwischen Tschechen, Polen und Deutschen unvermeidlich.

Und weiter? Na, ganz einfach: „Friedensmission“ der Bundeswehr! Oder was sonst? Schließlich sind schon mal deutsche Truppen zum „Schutz der Deutschen“ in das Sudetenland, nach Danzig und Polen einmarschiert.

**Walter Florath**

### Die aus dem braunen Sumpf emporstiegen ...

## Nazis in Bonner Diensten

In Turin begann kürzlich vor einem Militärgericht der Prozeß gegen den früheren Chef der Sicherheitspolizei von Mailand, SS-Hauptsturmführer Theodor Saevecke, der für den Tod von wenigstens 2.000 Juden und Widerstandskämpfern verantwortlich ist. Ich berichtete darüber in der UZ vom 10. Juli. Ergänzend einiges zum Hintergrund, der beweist, daß der Fall des Nazi-Verbrechens Saevecke, der nach 1945 in der Bundesrepublik trotz seiner bekannten Verbrechen im Bundeskriminalamt Karriere machen und zum Regierungskriminalrat aufsteigen konnte, kein Einzelfall, sondern gängige Praxis war und in der Nachfolge vielfach heute noch ist.

Von den 18 Ministern der Adenauer-Regierung im Dritten Bundestag waren vier aktive Mitglieder der NSDAP oder der SA gewesen, sechs Offiziere der faschistischen Wehrmacht. In welchem Umfang der Staatsapparat, die Justiz und die Bundeswehr mit ehemaligen Hitlerfaschisten und Militaristen durchsetzt waren, zeigen folgende

Zahlen: Alle 104 zu dieser Zeit in der Bundeswehr aktiven Generale und Admirale hatten Hitler gedient. 8.250 führende Hitlerfaschisten befanden sich in einflußreichen Positionen der Bundeswehr, der Polizei, der Justiz, der Verwaltung und des diplomatischen Dienstes.

Das Innenministerium, unter dessen Fittichen Saevecke Karriere machte, leitete von 1953 bis 1961 der SA- und NSDAP-Gefolgsmann Gerhard Schröder, nunmehr Mitglied der CDU. In diesem Ministerium waren allein 250 Gestapoleute in verantwortlichen Stellungen tätig.

74 Prozent der Diplomaten des Bonner Auswärtigen Amtes hatten bereits die aggressive Außenpolitik Hitlerdeutschlands vertreten. 80 Prozent aller Richter und Staatsanwälte der Justiz der BRD waren ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei. Über vier fünfteil der Staatsbeamten Hitlers blieben in der Bundesrepublik auf ihren Posten und setzten ihre Laufbahn fort. Anders ausgedrückt: 200.000 ehemalige Nazibeamte wurden in

den Bonner Staatsdienst übernommen. Alte Faschisten waren maßgeblich an dem bis Anfang der 60er Jahre ausgesprochenen Verbot von über 200 demokratischen und oppositionellen Organisationen beteiligt, darunter dem Verbot der KPD. Zur gleichen Zeit sorgten sie dafür, daß sich über 1.100 faschistische, militaristische und revanchistische Organisationen und Verbände konstituieren konnten. In diesem braunen Sumpf wurde also die Bundesrepublik geboren. In einem Schoß, der noch immer fruchtbar ist, wie faschistische und rechtsextreme Vorkommnisse in der Bundeswehr, wie eine insgesamt zunehmende Gefahr rechter und rechtsextremer Entwicklung beweisen.

Die von mir angeführten Zahlen zur bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung sind nachzulesen in: „Meyers Neues Lexikon“, 1962, VEB Bibliographisches Institut Leipzig, Bd. 2, S. 282 f. Angaben übrigens, die man in einschlägigen Lexika der Bundesrepublik vergeblich sucht.

**Gerhard Feldbauer**

## ZERV - Jahresbericht beweist:

# Die Rache nimmt kein Ende

„RotFuchs“ informiert wiederholt über politische Prozesse, die nach der Annexion der DDR durch die BRD vor Gerichten der deutschen Klassenjustiz gegen Verfechter der Sache des Sozialismus stattgefunden haben. Jetzt liegt der Jahresbericht 1997 der zentralen Ermittlungsstelle für das vor, was die Bonner Machthaber als Regierungs- und Vereinigungskriminalität bezeichnen. Nach dem ZERV-Rapport ist mit einer Einstellung der politischen Strafverfolgung nicht zu rechnen. Allein die veröffentlichten Zahlen machen deutlich, mit welcher Intensität gegen Verantwortungsträger der DDR vorgegangen wurde und weiter vorgegangen werden soll. 1997 wurden 8.745 Neu- und Wiedereingänge registriert. Im Jahre 1996 waren 4.178 Fälle erfaßt worden. Am 31.12.1997 befanden sich noch etwa 4.000 Verfahren in Bearbeitung. Seit Bestehen der ZERV wurden 16.640 Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren eingeleitet. Unter den noch mit Verfolgung Bedrohten befinden sich weitere hunderte Angehörige der Grenzsicherungsorgane der DDR. Mit besonderem Verurteilungswillen wurde schon bisher gegen Richter und Staatsanwälte der DDR losgeschlagen. Die Prozesse gegen die Genossen Jürgens, Kadgin und Knoche, gegen Irmgard Jendretzki, Helene Heymann, Gerda Klabuhn u.a. haben das bewiesen. Die gezielte Kriminalisierung von DDR-Juristen soll unvermindert weitergehen. Wegen angeblicher Rechtsbeugung befanden sich am 8.12.1997 noch 606 „Fälle“ in Bearbeitung. In allen sogenannten Rechtsbeugungsverfahren werden 5.593 Beschuldigte geführt, denen noch Anklagen bevorstehen könnten.

Die ZERV rühmt sich damit, daß 1997 die Bearbeitung der „Doping“-Verfahren wegen unterstellter Körperverletzung durch von der Anklage behauptete Vergabe leistungssteigernder Mittel an Sportler dominiert habe. „... Quantitativ bilden die Bereiche Schwimmen und Leichtathletik den Schwerpunkt. Außerdem werden in den Sportarten Gewichtheben, Turnen, Boxen, Rudern, Kanu, Fußball, Judo, Volleyball und Ringen Ermittlungen geführt ...“ Insgesamt 3.360 Verfahren gegen Trainer, Funktionäre und Ärzte wegen deren angeblichen Handelns zum „Nachteil von Leistungssportlern der DDR“ sind eingeleitet worden. Dazu wurden jeweils verjährungsunterbrechende Maßnahmen veranlaßt.

Das Ziel liegt auf der Hand: Der jahrzehntelang eifersüchtig beäugte Ruhm des DDR-Sports, dessen Leistungen die der westdeutschen Athleten weit in den Schatten stellten, soll nachträglich und pauschal in Verruf gebracht werden.

Besonders auf Drängen der Sonderstaatsanwaltschaft II wurden bereits in zahlreichen Fällen empfindliche Strafen gegen Grenzsoldaten, Offiziere und Generale, Staatsanwälte und Richter sowie Mitglieder der politischen Führung der DDR verhängt. Die „Verbrechen“ der Verurteilten bestanden allein darin, daß sie für die Wahrung der Gesetzlichkeit der DDR und für die Sicherheit ihres Staates eingetreten waren. Schuldhaftes Handeln gegen die DDR konnte ihnen nicht nachgewiesen werden. Ihre Verfolgung geschieht gegen Recht und Gesetz, wobei die BRD-Gerichte in DDR-Prozessen dazu übergegangen sind, den Allgemeinen Teil des westdeutschen Strafgesetzbuches bedenkenlos anzuwenden, während sie die entsprechenden Bestimmungen des DDR-Strafrechts völlig außer Betracht lassen. Häufig konnte erst so eine Verurteilung erwirkt werden. Das Versprechen des Einigungsvertrages, nur Taten zu verfolgen, die auch nach DDR-Recht strafbar gewesen sind, ist in allen von mir beobachteten Prozessen gebrochen worden. Das schließlich angewendete „DDR-Recht“ war durch Westinterpretation bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Mit der Verwirklichung der rechtsverbindlichen Zusage, nur DDR-Strafrecht anzuwenden, hat sich das Bundesverfassungsgericht zu keiner Zeit - auch nicht in Revisionsverfahren - ernsthaft auseinandergesetzt. Eine solche Praxis halte ich nicht nur für einen Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot, sondern auch für einen eklatanten Bruch bei der „Vereinigung“ gegebener Zusagen. Zurecht ist in den auf Rache zielenden Verfahren gegen DDR-Bürger von den Betroffenen und Beobachtern immer wieder geltend gemacht worden, es handle sich um politische Prozesse einer Siegerjustiz.

Tatsächlich gibt es für die BRD-Strafverfolgungsorgane hinreichend Veranlassung, sich dem Thema der Rechtsbeugung zuzuwenden. Die BRD-Justiz sollte dabei ihr Versagen bei der Verfolgung von Kriegs- und Naziverbrechern gründlich analysieren. Auch die massiven Fehlurteile, die von ihr in den 50er und 60er Jahren bei der Verfolgung von KPD-Mitgliedern und anderen Antifaschisten gefällt wurden, könnten einen interessanten Untersuchungsgegenstand bilden. Der Anwalt Rolf Gössner schildert auf Seite 146 seines Buches „Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges. Verdrängung im Westen - Abrechnung mit dem Osten?“ einen besonders markanten Vorgang: „Der Maschinenschlosser Eberhard U., der 1963 vom Landgericht Dortmund zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hatte 1962 ... während der Mai-Kundgebung in

Erkenschwick eine rote Nelke im Knopfloch getragen ... Dieses Symbol, so das Gericht, sei nach dem KPD-Verbot ein Zeichen der Verbundenheit mit dieser Partei geworden, was U. gewußt habe.“

In dieser Tradition steht die heutige Rache- und Siegerjustiz der BRD. Der Berliner Rechtsanwalt Nicolas Becker charakterisierte sie auf dem 22. Strafverteidigertag folgendermaßen: „Viele Prozesse haben politische und ideologische Ziele, die von einzelnen Anklägern relativ rücksichtslos durchzusetzen versucht worden sind.“ Einige von der ZERV in Gang gebrachte Strafverfahren dokumentierten ... „den politischen Wildwuchs, wie ihn eine Behörde, die politischer und öffentlicher Kontrolle nicht hinreichend unterliegt, produzieren kann“ (Neue Justiz 7/1998, S. 352)

Soviel zum Thema Rechtsstaat.

Kurt Andrá

## Neues von Rainer Rupp Ermutigend

Am 10. Juli 1998 wurde Rainer Rupp der Beschluß des Oberlandesgerichts Saarbrücken zu seiner Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung des Landgerichts zugestellt. Die Vollstreckungskammer des Landgerichts hatte der JVA-Leitung bestätigt, sie habe bei der Ablehnung des durch den Gefangenen gestellten Antrags auf Haftausgang „ermessensfehlerfrei“ entschieden. Tatsächlich hatte das Landgericht die sachlichen Einwände Rainer Rups völlig unberücksichtigt gelassen. Nun hat das OLG die Entscheidungen der Anstaltsleitung und des Landgerichts kurzerhand aufgehoben. Die JVA-Leitung wurde direkt vom OLG angewiesen, in Sachen Rupp erneut zu entscheiden und dabei der Rechtsauffassung des Senats zu folgen. Dabei hat das zweitinstanzliche Gericht die von der JVA angeführten Gründe einer angeblich erhöhten Fluchtgefahr in umgekehrtem Sinne interpretiert. Das OLG hat außerdem entschieden, daß die Sache „spruchreif“ sei, d.h. die JVA müsse unverzüglich eine Entscheidung treffen, bei der keine neuen Ablehnungsgründe nachgeschoben werden dürfen.

Übrigens ist der bisherige JVA-Leiter Hirschmann unterdessen zum stellvertretenden Generalstaatsanwalt des Saarlandes befördert worden. Dem neuen Leiter der JVA geht - so Rainer Rupp in einer Erklärung - der Ruf voraus, „weniger engstirnig als sein Vorgänger zu sein“.

## Achtung, neue Adresse!

Genosse Klaus-Dieter Baumgarten, Generaloberst a.D., ist in die JVA Düppel II, Söht-Strasse 7, 12203 Berlin verlegt worden. Solidaritätspost bitte dorthin schicken. Red.

## Die Meinung einer Brigadistin

## Prüfstein Cuba

Als die Delegierten des 14. Parteitages der DKP beschlossen, 1999 ein weiteres Solidaritätsprojekt in der cubanischen Provinzhauptstadt Matanzas auf den Weg zu bringen, löste das sicherlich bei manchen Verwunderung aus. Es erstaunte sie, daß unsere zahlenmäßig kleine Partei sich erneut ein finanziell und personell anspruchsvolles Ziel stellt. Der Beschluß sieht vor, in Matanzas wiederum eine Familienarztpraxis zu bauen, nachdem 1995

bereits ein Consultorio „Tamara Bunke“ und 1997 die Rehabilitationsklinik „Ernesto Buschmann“ nach Plänen der DKP entstanden waren. Beide wurden durch Solidaritätsspenden von Mitgliedern und Sympathisanten der Partei sowie vieler anderer Cuba-Freunde aus der ganzen BRD finanziert. An Ort und Stelle verwirklichten Internationalisten - Angehörige der Solidaritätsbrigaden „Che Guevara“ - gemeinsam mit cubanischen Bauarbeitern beide Vorhaben.

Die neue Praxis, die in einem Stadtteil entstehen soll, in dem bisher noch keine umfassende ärztliche Versorgung der Bürger gewährleistet ist, dient - wie die Familienarztpraxis „Tamara Bunke“ - als Ergänzung der multidisziplinären Rehabilitationsklinik und wird mit dieser, vor allem bei der Vorbeugung und Gesundheitspropaganda, eng zusammenarbeiten.

Ist nicht „eine Nummer zu groß“, wenn wir - die DKP - uns im 40. Jahr der cubanischen Revolution ein solches Vorhaben zum Ziel setzen, dessen Verwirklichung nicht nur ein erhebliches Spendenaufkommen voraussetzt, sondern uns auch bei der Organisation der Materialtransporte und der Arbeitsbrigaden einen hohen Kräfteaufwand abverlangen wird? Ich sage „nein“, weil unsere Erfahrungen in der DKP-Solidarität bewiesen haben und beweisen, daß die Bereitschaft größer als je zuvor ist, diesem Volk in seinem revolutionären Kampf zu helfen, damit es den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft fortsetzen kann.

Man muß „RotFuchs“-Lesern nicht sagen, was uns bewegt, wenn wir diese Hilfe als unsere internationalistische Pflicht ansehen, handelt es sich doch um die Unterstützung eines Volkes, das dem Imperialismus unter schwierigsten Umständen widerstanden hat.

Bestärkt hat mich in meiner optimistischen Haltung nicht zuletzt auch ein Erlebnis aus jüngster Zeit. Kürzlich berichtete ich in einer PDS-Basisgruppe über Eindrücke in Cuba und das neue DKP-Projekt. Dabei

wurde in der Diskussion von den Genossen und Genossen einhellig die Meinung vertreten, im nationalen Maßstab sei die Haltung zur DDR als dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden

ein Prüfstein für antiimperialistische Überzeugungen. International gelte dasselbe für die Verbundenheit mit dem sozialistischen Cuba, das heute die Hoffnungen aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt trage. Es ist in der Tat ein Prüfstein für Sozialisten, Kommunisten und all jene, die den Versuch der USA zurückweisen, anderen Völkern das Recht auf eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus abzusprechen. Cuba symbolisiert seit fast 40 Jahren das unter großen Opfern verteidigte Recht auf Selbstbestimmung.

Es hat mich mit Genugtuung erfüllt, als unlängst eine cubanische Freundin aus Matanzas, die einige Tage in Berlin zu Besuch war, bei der großen Demonstration am 20. Juni „Für eine andere Politik“ - stellvertretend für ihr Volk viel Sympathie entgegennehmen konnte. Sie marschierte mit uns und wurde von zahlreichen Teilnehmern herzlich begrüßt.

Ich bin davon überzeugt, daß wir unser neues DKP-Projekt erfolgreich in die Tat umsetzen werden. Damit leisten wir einen weiteren Beitrag zu den beispielgebenden Bemühungen der cubanischen Genossen, ihr für Lateinamerika einmaliges Gesundheitssystem als festen Bestandteil ihrer sozialistischen Ordnung zu behaupten und auszubauen.

Liebe DKP-Mitglieder und -Sympathisanten, liebe Leser des „RotFuchs“, Freunde Cubas: Die Solidarität geht weiter!

Macht überall das neue Vorhaben der DKP bekannt, informiert über unsere bisherigen Projekte und beteiligt euch selbst durch Spenden an der Umsetzung unserer Pläne. Ihr könnt sie auf das DKP-Solidaritätskonto bei der Postbank Köln, Konto-Nummer 253 525-505 BLZ 370 100 50 einzahlen.

Katrin Hellwig



## Vorgestellt: NETZWERK CUBA

NETZWERK CUBA ist das Ergebnis der Entwicklung seit 1989/90. Zu diesem Zeitpunkt verlor Cuba mit dem Untergang der sozialistischen Staaten Europas von heute auf morgen 85 Prozent seiner Außenhandelspartner. Die damit verbundene ökonomische Extremkrise hatte einen weltweiten Aufschwung der Solidarität mit Cuba zur Folge, dessen Volk dem Imperialismus unter härtesten Bedingungen weiter die Stirn bot. Das Land, das in seiner damals 30jährigen Geschichte stets ein Beispiel für praktizierten Internationalismus war, stand plötzlich mit dem Rücken an der Wand. Jetzt bedurfte es selbst dringend jener „Zärtlichkeit der Völker“, wie Che einst die internationale Solidarität genannt hatte.

In der nun um das Gebiet der annektierten DDR „bereicherten“ BRD entstanden neben der schon 1974 gegründeten Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. eine ganze Reihe neuer Gruppen; andere bereits bestehende Lateinamerikagruppen orientierten sich um; auf früherem DDR-Gebiet konstituierten sich die PDS-Arbeitsgemeinschaft Cuba Si und weitere regionale Gruppen.

Sehr schnell gab es das Bedürfnis nach informellem Austausch. Auf eine Leipziger Initiative fand 1991 ein erstes bundesweites Treffen der sehr unterschiedlichen Cuba-Solidaritätsgruppen statt, das seitdem eine feste jährliche Einrichtung darstellt.

Bereits beim 2. Bundestreffen (Februar 1992) wurde beschlossen, im Mai desselben Jahres in Bonn einen Cuba-Solidaritätskongress durchzuführen. Er zählte - bei hochrangiger internationaler Beteiligung - 1.200 Teilnehmer. In der Abschlusserklärung wurde die Absicht bekundet, die Bewegung zu vernetzen. Im Ergebnis entstand im Juni 1993 der NETZWERK CUBA-Informationsbüro-e.V.. Heute gehören ihm 28 Mitgliedsorganisationen und -Gruppen an. Der Vorstand besteht z.Z. aus 8 Personen, Vorsitzender ist Heinz-W. Hammer, Essen. In Bonn wurde ein ehrenamtlich besetztes Büro eingerichtet. Es erscheint eine gemeinsame Zeitung (NETZWERK CUBA-Nachrichten). Höhepunkte der Aktivitäten waren eine Cuba-Solidaritätsdemonstration im Oktober 1993 in Bonn, die Solidaritätskarawane mit Abschluß im September 1994 und eine Demonstration (Oktober 1995) in Berlin. NETZWERK CUBA entsendet seit November 1993 Delegationen zu den Europatreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen und weiteren internationalen Konsultationen. Anlässlich des Tages des Sturms auf die Moncada (26. Juli) finden alljährlich von verschiedenen Solidaritätsgruppen organisierte Fiestas de Solidaridad auf dem Gelände der Bonner Botschaft Cubas und deren Berliner Außenstelle statt.

Neben interessierten Gruppen können auch Einzelpersonen (als Fördermitglieder) dem NETZWERK beitreten.

H.W.H.

## Griechenlands Kommunisten verteidigen Marxismus-Leninismus

# KKE: Auf prinzipiellen Positionen

Im späten Frühjahr hat in Athen eine bedeutsame Internationale Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien stattgefunden. An der Beratung zu dem Thema „Die Kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen“, die aus Anlaß des 80. Jahrestages der Gründung der KP Griechenlands (KKE) und zu Ehren des 150. Manifest-Jubiläums stattfand, beteiligten sich 56 Parteien aus 50 Ländern. Wenig später veröffentlichte das Mitglied des ZK und der Ideologischen Kommission der KKE Eleni Katradawli in der „Prawda Rossiä“, dem Organ der KP der Russischen Föderation, einen Artikel unter der Überschrift „Die Prüfung des Jahrhunderts“, der sich mit der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung befaßt. Da dieser Beitrag von grundsätzlicher Bedeutung ist, machen wir unsere Leser mit dem Material bekannt:

„Der Erfolg der Konterrevolution in den ehemals sozialistischen Ländern hat den Boden für die Absage an revolutionäre Prinzipien ausgedehnt. Auf die Gesellschaft ist eine Welle von Forderungen jeder Art zugerollt, die 'historische Wahrheit' revisionistischer Ansichten anzuerkennen. Jene Krise, welche jahrzehntlang in der internationalen kommunistischen Bewegung schwelte, hat ihren Höhepunkt erreicht. Wir sind bis zur ideologischen und politischen Spaltung und Schwächung der Bewegung gekommen. Die bestehenden ideologischen Unterschiede haben sich in vielen Fällen in eine Kluft verwandelt, die die Parteien teilt, nachdem einige von ihnen ihren Prozeß der Mutation beendet und sich in sozialdemokratische Organisationen verwandelt haben - sowohl dem Charakter der Partei als auch ihrem Namen nach. Andere Parteien haben ihren Namen

zwar behalten, aber dem Wesen nach aufgegeben. In dritten herrscht eine Verwirrung, sind solche Streitigkeiten zutage getreten, daß es schwer ist, herauszufinden, was für eine Meinung dort überwiegt. Aber es sind auch Parteien bestehen geblieben, die in ideologischen Fragen die prinzipielle Position des Marxismus-Leninismus bewahrt haben.

Die nach der Krise Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre verlaufene Entwicklung 'bescherte' uns die bitteren Erfahrungen der 'neuen Weltordnung'. Gleichzeitig offenbarte sie die Lebensfähigkeit der kommunistischen Bewegung. Und dennoch können wir noch nicht von einer Überwindung der Krise sprechen. Die Sicherstellung der ideologischen Einheit, die Einheit der Positionen zu strategischen Fragen, der koordinierte Kampf gegen das imperialistische System stehen nur noch schärfer auf der Tagesordnung. Die Realisierung des Auftrags des Manifests der Kommunistischen Partei - „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ - wird sicherlich eine Sache vieler Jahre sein. Erforderlich sind ein beharrliches Studium und die Verallgemeinerung der Erfahrungen, ist der Dialog, ist gemeinsames praktische Handeln jener Kräfte, welche auf dieser oder jener Stufe ihr kommunistisches Antlitz bewahrt haben.

Die KKE hat auf ihrem 15. Parteitag im Mai 1996 ihre Meinung zu den vor uns stehenden Aufgaben geäußert. Sie hat ihren Wunsch und ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, in dieser Richtung tätig zu sein. 'Die Verwirklichung der Ziele der internationalen kommunistischen Bewegung, das Herauskommen aus der heutigen Situation der Krise und des Rückzugs, die Wiederherstellung ihrer Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, des

proletarischen Internationalismus und einer einheitlichen Strategie, aber auch ihrer konkreten Form - all das sind dringende Aufgaben, die die heutigen Bedingungen des Kampfes gegen die Welteinheit des Kapitals stellen'. So lautet die prinzipielle Schlußfolgerung, die im Programm der KKE formuliert ist. Unsere Partei vertritt die Auffassung, daß in dieser Richtung entschiedener die Koordinierung und die gemeinsame Arbeit der kommunistischen Bewegung, die Diskussion über ihr ideologisches Antlitz sowie über die Strategie des gegenwärtigen antiimperialistischen und revolutionären Kampfes vor sich gehen können und müssen. Im Programmdokument der KKE wird besonders betont, daß 'der Prozeß direkt verbunden ist mit dem entschlossenen Kampf gegen reformistische und opportunistische Vorstellungen und die verschiedenen Konzeptionen, die auf Manipulation der Arbeiterklasse und deren Anpassung an das kapitalistische System gerichtet sind'.

Unter den derzeitigen Bedingungen haben die prinzipiellen Fragen der Philosophie, der Ökonomie und der Politik lebenswichtige Bedeutung für die ideologische Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung erlangt. Sie werden aufs Neue in das Zentrum der Parteiarbeit gestellt.

Unserer Meinung nach erlaubt nur die Linie des Kampfes, die auf Zerstörung der Grundpfeiler des kapitalistischen Systems gerichtet ist, des Kampfes gegen Monopole und Imperialismus, in der Perspektive die Frage der Macht zu stellen. Nur sie kann die heutige gewaltsame Offensive des Kapitals zum Stehen bringen. Nur sie kann die wirkliche Perspektive geben - den Sozialismus.“

(übersetzt von Eberhard Bock)

## Zur Situation der kommunistischen Bewegung Rußlands

# Parteiengewimmel?

Der Begriff „kommunistische Parteienvielfalt“ ist lange vor dem Zusammenbruch der KPdSU entstanden. In Rußland liegen die Ursachen dafür vor allem im „ideologischen Pluralismus“, der bewußt durch die Gorbatschow-Jakowlew-Clique in der KPdSU „eingebürgert“ wurde. Losungen wie „Demokratisierung“, „Glasnost“, „Priorität der allgemein-menschlichen Werte“ dienten dabei als „Wegweiser“. Das Ziel bestand darin, Bedingungen für die ideologische und organisatorische Aufweichung und letztliche Zerstörung der Partei zu schaffen. In der Atmosphäre des „ideologischen Pluralismus“ widerspiegelte die 1990 entstandene „Demokratische Plattform in

der KPdSU“ den Druck bürgerlich-liberaler Ideologie, wobei sozialdemokratische Phrasen von einem „humanen, demokratischen Sozialismus“ zur Verschleierung erhalten mußten. In Wahrheit ging es um die fundamentale Veränderung des Wesens der Partei, ihre Umwandlung in eine sozialdemokratische Partei westeuropäischen Typs. Unter dem Schutz solcher KPdSU-Führer wie Gorbatschow, Jakowlew, Schewardnadse, Jelzin u. a. spielte sie ihren Part als „Fünfte Kolonne“ bei der Zersetzung und Zerstörung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Als „Gegenpol“ zur „Demokratischen Plattform“ bildete sich die „Marxistische Platt-

form in der KPdSU“ heraus. Sie zerfiel schnell in „Rechte“, „Linke“ und „Zentristen“. Auch ihr „linker Flügel“ wurde bald zerstört. Übriggeblieben sind bis heute die Russische Partei der Kommunisten (A. Krjutschkow) und die Russische Kommunistische Partei - KPdSU (Prigarin) sowie noch mehrere kommunistische „Parteien“, Bünde, Assoziationen usw. Fast jeder der Führer dieser auch als „Diwan-Parteien“ bezeichneten Gebilde schuf seine eigene Hausmacht.

Eine hervorragende Rolle spielte zunächst die 1990 aus dem „Leningrader Initiativeparteitag“ hervorgegangene Russische

Fortsetzung auf Seite 9



## Parteiengewimmel..

*Fortsetzung von Seite 8*  
 Kommunistische Arbeiterpartei (RKAP). In den schwersten Monaten der Geschichte der russischen kommunistischen Bewegung war diese Partei eine starke, geschlossene, sich durch Disziplin auszeichnende marxistisch-leninistische Kraft, die Kühnheit und einheitliches Handeln unter Beweis stellte. Aber auch sie hat leider nicht die Prüfungen auf ideologische und organisatorische Festigkeit bestanden. Viele ihrer Mitglieder, so Kossolapow (Leninsche Plattform) und andere markante Funktionäre, die in bedeutendem Maße das Profil der RKAP geprägt hatten, wurden ausgeschlossen und bildeten neue Parteien. Zu ihnen gehörte die Gruppe um Anpilow, einen bewährten Führer der Bewegung „Trudowaja Rossija“, der allerdings bald danach einen „Parteitag“ einberief und seine eigene „Partei“ („KPdSU“) bildete, was Unverständnis hervorrief.

Zu erwähnen ist hier, daß sich in der schweren Zeit, als vor dem Verfassungsgericht der Russischen Föderation die Frage des Schicksals von KPdSU und KP der RSFSR behandelt und letztlich weitgehend zu deren Gunsten entschieden wurde, die Sozialistische Partei der Werktätigen (SPW) herausbildete. Ihr trat anfangs ein bedeutender Teil der russischen Kommunisten bei. Andererseits schlossen sich ihr auch viele sozialdemokratisch eingestellte Intelligenzler an. Letztere übernahmen das Kommando, und als die KP der Russischen Föderation (KPRF) „geboren“ wurde, ging die absolute Mehrheit der SPW-Mitglieder zu ihr über, während die „Führer“ (Roj Medwedjew, Rybkin u. a.) mit einer Handvoll Gleichgesinnter zurückblieben. Rybkin bildete dann eine das Jelzin-Regime unterstützende probourgeoise Partei (Sozialistische Partei Rußlands), während sich der klägliche Rest der SPW einer „Russischen Bewegung für einen neuen Sozialismus“ (RDNS) anschloß. Mit der RDNS formiert sich aus linkssozialistischen, sozialdemokratischen und ökologischen Strömungen sowie aus Gewerkschaftsvertretern und linksliberalen Gruppen bei deutlicher Abgrenzung zur KPRF eine „zweitlinke Kraft“, die sich zu einer gesamt-russischen Sozialistischen Partei zusammenschließen könnte“, berichtete „PDS International“. (Heft 4/97, S. 46 ff. Hier ist auch das „Grundsatzdokument“ dieser Vereinigung veröffentlicht).

Zur Komplettierung der Kurzcharakteristik der „kommunistischen Parteienvielfalt“ in Rußland muß die „Allunions-Kompartei der Bolschewiki“ Nina Andrejewas genannt und erwähnt werden, daß ein Teil der Kommunisten Rußlands in die Agrarpartei gegangen ist, die heute in der „Volks-Patriotischen Union Rußlands“ (VPUR) eng mit der KPRF zusammenarbeitet. So hat sich also insgesamt mehr als ein Dutzend „Par-

teien“ kommunistischer Orientierung angesammelt, wobei deren Mehrzahl aus den verschiedenen Plattformen der KPdSU „her-vorgegangen“ ist.

Aber in der KPdSU gab es natürlich auch wahrhaft leninistische Kräfte. Sie sind unter den komplizierten Bedingungen des von der Reaktion entfesselten Terrors zum Kern für die Wiedergeburt der organisierten kommunistischen Bewegung im gesamten sowjetischen Raum geworden. In Rußland entstand 1993 die KPRF, die in relativ kurzer Zeit in einem z.T. auch widersprüchlichen Prozeß zur stärksten politischen Partei Rußlands wurde, zur führenden Kraft der VPUR. Die KPRF und deren Avantgarde-rolle werden in einem gesonderten Beitrag dargestellt.

Heute ist „kommunistische Parteienvielfalt“ das „Hauptübel für die gegenwärtige russische Arbeiterbewegung. Sie kompliziert den Prozeß des Zusammenwachsens, der Formierung und Organisierung der Massen zum Kampf gegen das volksfeindliche Regime, für die Macht des werktätigen Volkes und für die sozialistische Wiedergeburt des Vaterlandes. Sie ist eine Schande für alle Kommunisten Rußlands und in erster Linie für deren Führer“. Das wurde auf der gemeinsamen Sitzung des Rates der UKP-KPdSU (Zusammenschluß kommunistischer Parteien aller früheren Sowjetrepubliken) und der Leitung der Vereinigung „Russische Wissenschaftler Sozialistischer Orientierung“ (RUSO) festgestellt. („Dialog“, Heft 4/98, russ.)

Was ist also zu tun?

Die oben erwähnte Sitzung zu Problemen der „kommunistischen Parteienvielfalt“ und der angestrebten Vereinigung aller Kommunisten Rußlands in einer einheitlichen Partei empfahl Maßnahmen, um diesen Prozeß voranzubringen. Eine entsprechende Arbeitsgruppe soll durch die Führung der UKP-KPdSU geschaffen werden, um Vorschläge zu Bedingungen und Mechanismen der Vereinigung zu entwickeln.

Gibt es überhaupt Voraussetzungen für einen erfolgreichen Vereinigungsprozeß? Das Studium der Statuten und der Programme der Parteien zeigt, daß es in Grundfragen durchaus gemeinsame Positionen gibt. Das sind die Übereinstimmung der Ziele des Kampfes gegen das Jelzin-Regime, das Eintreten für die Wiederherstellung der Sowjetmacht, die Orientierung auf den Sozialismus und die Wiedegründung einer erneuerten - Sowjetunion. Die Parteien stützen sich auf eine einheitliche soziale Basis, auf die Leninschen Normen der Mitgliedschaft und den demokratischen Zentralismus. Alle Parteien gehen vom Marxismus-Leninismus aus. Sie bejahen dessen schöpferische Entwicklung und Anwendung unter den gegenwärtigen Bedingungen. Alle Parteien haben die Internationale als Hymne und das Rote Banner als Symbol. Meinungsverschiedenheiten gibt es in

Bezug auf einige Fragen der kommunistischen Bewegung, in taktischer Hinsicht, hinsichtlich der Formen und Methoden des Kampfes um den Sozialismus. Diese Differenzen lassen sich im Rahmen einer einheitlichen Partei lösen. Auf der Beratung von UKP-KPdSU und RUSO wurde allen kommunistischen Parteien geraten, eine einheitliche Position in der Frage von Grund und Boden, in der Haltung zur Privatisierung, bei der Verteidigung der politischen und sozialen Rechte der Werktätigen einzunehmen. Nachdrücklich wurde betont, daß es um eine Russische Kommunistische Partei von Leninschem Typ geht. Deren Zustandekommen werde sich auf den Zusammenschluß der kommunistischen Bewegung in den Staaten der früheren UdSSR positiv auswirken und dem Streben nach Wiedegründung eines Unionsstaates Impulse verleihen. Die russischen Kommunisten werden aufgerufen, für die Einheit ihrer Reihen zu kämpfen, die Parteikameradschaft zu stärken, die politische Aufklärung und Organisierung der Massen voranzubringen. Den Parteiführern wird empfohlen, guten Willen und politische Weisheit walten zu lassen und sich in den Prozeß der Schaffung der Vereinigten Kommunistischen Partei der Russischen Föderation aktiv einzuschalten.

Eberhard Bock

## Zum 100. Geburtstag von Hanns Eisler



Eisler Hanns, eigentlich Johannes, wurde am 6. 7. 1898 in Leipzig geboren.

Der Musiker Eisler fand jung zur kommunistischen Bewegung. 1929 begann seine Zusammenarbeit mit dem Dichter Bertolt Brecht, zu vielen Werken Brechts schrieb Hanns

Eisler später die Musik, so zu „Die Mutter“, „Furcht und Elend des Dritten Reiches“, „Die Tage der Kommune“ oder „Galileo Galilei“.

1933 emigrierte Eisler aus Nazi-Deutschland und wirkte seit 1938 in den USA als anerkannter Künstler und Musiktheoretiker. So lehrte er als Lehrer für Komposition an der New School for Social Research in New York.

Im Zuge der antikommunistischen Hetzkampagne unter McCarthy mußte Eisler wegen seiner sozialistischen Gesinnung die USA verlassen und fand in der DDR eine neue Heimat. Bekannt ist H. Eisler vor allem auch als Komponist der Nationalhymne der DDR, „Auferstanden aus Ruinen“. Aber Eisler schrieb auch zahlreiche Reden und Aufsätze zur Kulturpolitik und wurde so zu einem der bedeutendsten Repräsentanten sozialistischer Kultur und Kunst. Wichtige kulturpolitische Werke sind z. B. „Materialien zur Dialektik der Musik“ (1956) oder die in „Musik und Politik. Schriften 1924-1948“ veröffentlichten Beiträge. Zu Eislers Kunstschaffen gehören hunderte Lieder, Instrumentalwerke und Studien. In der DDR lehrte H. Eisler an der später nach ihm benannten Hochschule für Musik, die internationalen Rang besaß.

Am 6. 9. 1962 starb Hanns Eisler in Berlin.

K. Uwe Langer

## 100 Jahre Zionismus - 50 Jahre Staat Israel

# Lehren der Geschichte

Die verwickelte jüdische Problematik - heute zionistisch mitgeprägt - bleibt Außenstehenden vorwiegend unbekannt. So entsteht Raum für Schönungen bis hin zu Verdrehungen, gar Entstellungen. Vor allem, Anti-Zionismus ist keineswegs anti-jüdischer studentischer Ausfluß unserer Jahre, wie fälschlich behauptet wird, vielmehr urjüdische Schöpfung: Am Anfang standen vornehmlich betroffene Juden, Sozialisten wie Adler, Bauer, Luxemburg, auch nichtjüdische Theoretiker, so Karl Kautsky.

Juden, bzw. Menschen jüdischer Herkunft, hatten sich sogleich in Sorge um die Zukunft der Juden gegen die bürgerlich-nationalistischen Thesen von Theodor Herzl aus dem Jahr 1896 gewandt. Dem Zeitgeist der Herrschenden folgend, formulierte Herzl den modernen Zionismus. Jedoch führt Nationalismus, auch jüdischer, sogar gutgemeinter, immer wieder in Sackgassen - Unterdrückungs-Nationalismus in Kriege und selbstschädigende Katastrophen, wie man nicht zuletzt in Deutschland wissen mußte.

Karl Kautsky, kein Jude, damals ein herausragender Marxist, meinte, die Anomalie einer Nationalität ohne Territorium könne nur durch Assimilation an die Gegebenheiten der Mehrheit im jeweiligen Staat gelöst werden. Er lehnte den Vorschlag Herzls strikt ab. Kautsky warnte vor den Folgen des bürgerlich-nationalistischen Irrwegs. Dagegen formulierte sein Freund Eduard Bernstein, der in der Sozialdemokratie einen verhängnisvollen pro-bürgerlichen Weg einschlug: „Wir werden bestimmte Methoden der Unterdrückung wilder Völker (in Palästina F.T.) verteilen und dagegen kämpfen, aber nicht gegen die Tatsache, daß sie unterworfen werden, um ihnen das Recht auf eine höhere Zivilisation (!) aufzuzwingen“.

Solch Aufzwingen ist unterdessen ständig geübte Wirklichkeit israelischer Regierungspolitik. So dringt seit Jahrzehnten Waffenlärm aus Tel Aviv, Woche für Woche Tote, nicht zuletzt durch israelische Aktionen. Die westliche Welt aber schaut dem Verwerflichen mit verschränkten Armen zu. Anregungen zu tiefgreifender Selbstinformation zur Entwicklung in den letzten hundert Jahren können u.a. aus dem wohldokumentierten Buch des Gramsci-nahen Italiener Enzo Traverso „Marxisten und die jüdische Frage“ (Decaton-Verlag, Mainz 1995) bezogen werden. Aus diesem Werk wird hier in der Folge zitiert:

„Der politische Zionismus entstand zur Jahrhundertwende als Antwort auf die doppelte Sackgasse, in der sich das europäische Judentum befand: Die Unmöglich-

keit der Assimilation im Osten im zaristischen Reich und die Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland und in Österreich“ (auch in Frankreich, wie die Dreyfus-Affäre zeigte).

Ausgangspunkt war der Übergang vom religiösen Anti-Judaismus zum rassistischen Antisemitismus, der im Zuge des Werdens des heutigen Imperialismus entstand. Der assimilierte Westbürger Herzl schlußfolgerte, Judaismus und ebenso Antisemitismus seien ewige Kategorien, weswegen Rückzug in einen eigenen jüdischen Staat erforderlich sei. Dabei dachte er zuerst an ein Gebilde unter Förderung durch den deutschen Kaiser Wilhelm II., dachte an deutsch als Staatssprache. Auch waren die Würfel noch nicht zugunsten Palästinas gefallen. Mit der wahrheitswidrigen Losung „Für ein Volk ohne Land - ein Land ohne Volk!“, wurde schließlich für Palästina geworben.

„Für sie (jüdische Sozialisten im Osten) war der Zionismus die politische Bewegung einer assimilierten Schicht jüdischer Intellektueller. In Galizien, wo das Proletariat 30 Prozent der jüdischen Bevölkerung ausmachte, konnte die zionistische Propaganda nur dazu dienen, vom Klassenkampf abzulenken ... Palästina zu kolonisieren bedeutete, auf den Kampf gegen den Kapitalismus in der Diaspora zu verzichten ... Marxisten gelang es (den rassistischen F.T.) Antisemitismus als ein in höchstem Grade modernes Phänomen zu sehen, nicht mehr als ein feudalistisches Überbleibsel, sondern als eine verspätete Äußerung im Kapitalismus, die sowohl in den objektiven sozialen Beziehungen als auch im Bewußtsein und Unterbewußtsein der Massen verwurzelt war und ist“.

Drei Hauptrichtungen hatten sich Ende vorigen Jahrhunderts im jüdischen Bereich formiert: Marxisten traten für integriertes Vorgehen aller Unterdrückten gegen die Ausbeuter ein, daher Assimilation; der große linke „Bund“ verfocht einen Kurs kultureller jüdischer Autonomie im jeweils gegebenen Staat; Religiöse meinten, man müsse auf den Messias warten, nur der habe das Recht, Juden in das Heilige Land zu führen.

Beispielhaft für streng marxistische Haltung waren u.a. die Positionen der Jüdin Rosa Luxemburg wie des Nichtjuden W.I.Lenin. Luxemburg wandte sich entschieden gegen jüdische Sonderwege, auch gegen die eingeschränkten des „Bund“. Juden seien zwar eine Nationalität, jedoch bildeten sie keine Nation.

„Im Unterschied zu den russischen, deutschen oder österreichischen Marxisten, die im allgemeinen den polnischen Antisemi-

tismus als mittelalterliches Erbe definierten, sah Rosa darin eine politische Äußerung der Bourgeoisie, ein Produkt der Klassenantagonismen der modernen kapitalistischen Gesellschaft... Antisemitismus und Antisozialismus (wurden) zu Synonymen ... In der Junius-Broschüre hatte Rosa L. die Parole 'Sozialismus oder Barbarei' ausgegeben. In ihren Augen stellte der Antisemitismus diese Barbarei des Kapitalismus dar... In der Tat gab es Marxisten, die Alarm schlugen. Rosa Luxemburg hatte ... in den nationalistischen Zuckungen des Deutschland von 1919 einen Hauch von (den Progromen in) Kischinjow verspürt.“ Und Lenin?

„Der bolschewistische Führer verurteilte immer deutlich und unnachgiebig den Antisemitismus. Er sah darin einen verabscheuungswürdigen Aspekt der Rückständigkeit und Barbarei ... Er lehnte die zionistische Vision eines universellen und dauerhaften Judenhasses ab ... Für Lenin galt es, das Beispiel der österreichischen Sozialdemokratie zu vermeiden, die sich 1897 währen ihres Parteitages in Wien eine aus sechs nationalen Parteien (deutsch, tschechisch, slowenisch, polnisch, italienisch und ukrainisch - ruthenisch) bestehende föderative Struktur gab.“

Ungeachtet anfänglich links-zionistischer Dominanz - siehe die Kibbuze - verblaßten diese Strukturen in Israel zunehmend. Dazu Traverso, auch angesichts der Tatsache, daß der Zionismus in Westeuropa bis 1934 kaum unter Arbeitern verding:

„Doch blieben die Kapitalisten auch in Palästina Kapitalisten ... Der von Herzl gegründeten Bewegung gelang es, Palästina zu kolonisieren und nach dem (Zweiten Welt-) Krieg dort einen Staat aufzubauen, ohne jedoch das jüdische Problem zu lösen.“ (Man sah dagegen in Bezug auf die Araber Palästinas eine nationale Frage entstehen F.T.)

Die palästinensisch-israelischen Differenzen eskalierten blutig, wie es Kautsky befürchtet hatte. Chauvinismus, vor dem auch Luxemburg und Lenin gewarnt hatten, gewann an Boden, mündete in die nunmehrige aggressive Rechtsregierung in Tel Aviv. Bestätigung fand, daß Rassismus, auch jüdischer, ebenso wie Antisemitismus zum Bestandteil imperialistisch-kapitalistischer Regimes geworden war. Dazu noch einmal Traverso:

„Nach den Niederlagen der Revolutionen in Deutschland, Ungarn und Italien, nach dem Ersten Weltkrieg begab sich das Europa zwischen den beiden Weltkriegen auf den Weg, der nach Ausschwitz führte,

*Fortsetzung auf Seite 11*

## Reporterskizzen (3)

## Kissingers Einladung

Ende Februar 1972 reiste ich zur Berichterstattung über den Schauprozeß gegen die mit einem Todesurteil bedrohte afroamerikanische Philosophiedozentin Angela Davis - sie war auf Drängen von California-Gouverneur Ronald Reagan des Mordes, des Menschenraubs und der Verschwörung angeklagt, mußte am 4. Juni 1972 aber wegen erwiesener Unschuld freigesprochen werden - nach San Jose bei San Francisco. Da ich der erste DDR-Reporter war, dem die USA-Behörden die Einreise zur journalistischen Wahrnehmung eines inneramerikanischen politischen Ereignisses - bei dem Prozeß ging es um einen Frontalangriff gegen die in der Person von Angela Davis attackierte KP der USA - gestattet hatten, erfreute ich mich unter den rund vierhundert anwesenden Kollegen lebhaften Interesses. Fernsehstationen, Rundfunksender und Zeitungen interviewten mich ständig. Die Anwesenheit eines DDR-Berichterstatters im Gerichtssaal habe beinahe mehr Aufmerksamkeit hervorgerufen als die Prozeßeröffnung, übertrieb der Hamburger „Spiegel“, der dem ND-Kor-

*Fortsetzung von Seite 10*

einen Weg, der hätte vermieden werden können, der aber nunmehr unausweichlich wurde.“

Im Zeitalter der Fernraketen mit Atomköpfen stellt der Zionismus eine für die Israelis lebensgefährliche Illusion dar. Es zeigt sich zunehmend, daß die Lösung der jüdischen Problematik die Überwindung von Kapitalismus-Imperialismus voraussetzt, denen Krieg, Rassismus, Unterdrückung ganzer Völker innewohnen. Wenn noch vor 20 oder 30 Jahren Zionisten in ihrer nationalistischen Überheblichkeit glaubten, Juden seien Arabern haushoch und dauerhaft überlegen, vor allem auch militärisch, so haben die Dinge sich grundlegend geändert: Tausende Kilometer von kleinen Israel entfernt würde der Druck auf ein halbes Dutzend Knöpfe genügen, um vernichtende Geschosse gen Nahen Osten zu jagen. Mut, Überlegenheit sind zum Knopfdrücken nicht erforderlich. Zionismus erweist sich so als eine Strategie, die zu einer neuen Shoa führen könnte. Dem gilt es durch Abwenden vom jüdischen Nationalismus vorzubeugen.

Vor allem für Juden und Jüdinnen wäre es tödlich, würde von der Masse der heutigen Menschen übersehen werden: „Der Völkermord (im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg F. T.) war, einer abschließenden Analyse zufolge, das Produkt dieser Verkettung von rassistischer Ideologie und der mörderischen Technologie des Kapitalismus.“

Ein Übel, das in den großen kapitalistischen Ländern weiterbesteht. Lassen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen.

**Fritz Teppich**

respondenten eine Personalie widmete. Schon am zweiten Tag brachte das bürgerliche Lokalblatt „San Jose Mercury“ unter der Schlagzeile „Wir haben das bessere System“ meine Antwort an den Interviewer, der mich nach ersten Eindrücken gefragt hatte: „Ich fand, was ich erwartete. Sie haben bessere Autos, besser ausgestattete Warenhäuser, wir aber haben die bessere Gesellschaftsordnung.“ Gitta Bauer von Springers Auslandsdienst erregte die „Ignoranz“ der Zeitung derart, daß sie ihrer Wut in einem besonders aggressiven Artikel für die Berliner „Morgenpost“ freien Lauf ließ.

Übrigens wirkte sich die mir eingeräumte Publizität auf mein persönliches Reisekosten-Budget sehr wohltuend aus. Es hagelte Dinner-Einladungen von Freund und Feind. Bald betrug deren Zahl etwa achtzig. Jeder wollte den Exoten - einen leibhaftigen Roten zum Anfassen - auf seiner Party präsentieren. Mir war durchaus klar, daß nicht zuletzt Geheimpolizei und Geheimdienste die leckeren Speisen servieren ließen. Natürlich wußte ich um die Stolperdrähte und hielt deshalb die Augen offen. Es fehlte nicht an lukrativen oder die Sinne anregenden Offerten aus dubioser Richtung. Man wollte das Persönlichkeitsraster des einzigen Auslandskommunisten, der monatelang am Davis-Prozeß teilnahm, abtasten, um dessen Schwachstellen herauszufinden. Das normale Ritual, auf das ich eingerichtet war. So suchte mich Sheriffsleutnant Romero immer wieder mit einer „ganz reizenden jungen Dame vom City Council“ zusammenbringen, die „enorm an Deutschland interessiert und überdies geschieden“ sei. Bei dem Abendessen, zu dem sie mich erwarde, sei „alles inklusive“. „Ich suche meine Frauen selbst aus“, ließ ich den bullig-stiernackigen Polizei-offizier dreimal hintereinander abblitzen. Dann erschien Lowell W. Bradford auf der Bildfläche. Der Direktor des Kriminalistischen Laboratoriums beim Justizminister von Kalifornien, dessen scheinbar plötzliches Auftauchen die Beamten in Bewegung brachte, kam nicht etwa, um mir erneut die Fingerabdrücke nehmen zu lassen. Nein, er stellte sich „rein privat“ ein, um sich für die ihm angeblich bei einem Gerichtsmedizinerkongreß in Halle schon 1962 erwiesene „umwerfende Gastfreundschaft der DDR“ zu revanchieren. Mr. Bradford, den die CIA zwar niemals - wie wir später feststellten - zu einem fiktiven Kongreß nach Halle, dafür aber zu mir nach San Jose geschickt hatte, lud mich sofort zum Lunch in das Holiday Inn Motel ein. Vorsorglich informierte ich amerikanische Genossen und folgte dann dem verlockenden Angebot. Er wolle mir einen „Schimmer amerikanischen Familienlebens“ bieten und mich auf einem Trip an den Pazifik begleiten, verkündete Mr. Bradford mit mildem Lächeln. Sein Haus sei gewissermaßen ab sofort auch mein Haus, sein Wagen stehe mir stets zur Verfügung, sagte der Oberkriminalist des

Ronald Reagan, bevor er sich für die Spesenabrechnung eine Quittung geben ließ. Dann aber begann der Ernst des Lebens. Ein seriöser Herr von der selben Firma, der sich Thomas Fitzgerald nannte, wurde eigens aus Washington eingeflogen. In einer Prozeßpause erwartete er mich am Swimmingpool des Motels „Vagabond“, in dem ich „abgestiegen“ war, wie vornehme Leute das Mieten eines Zimmers nennen. „Ich komme von Henry Kissinger und will Sie zu einem Gespräch nach Washington einladen“, eröffnete mein Gegenüber die Konversation. Was hatte ich - ein harmloser Gerichtssaalreporter aus Übersee - zweieinhalb Jahre vor der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der DDR - wohl mit dem Chefsicherheitsberater Richard Nixons, des Präsidenten der Vereinigten Staaten, zu tun? Ich hielt mich bedeckt, zog mich ganz auf meine Rolle als Journalist zurück, wehrte ab. Fitzgerald blieb am Ball. „Wir haben Sie gründlich abgescheckt. Vor Ihrer Arbeit beim „Neuen Deutschland“ waren Sie in der USA-Abteilung des DDR-Außenministeriums tätig. Sie sind der Mann, der weiß, an welcher Tür man klopfen muß.“ Um meinem Land eine mögliche Chance nicht zu verbauen, willigte ich ein, als „bloßer Übermittler einer Nachricht“ zu dienen. „Fitzgerald“ öffnete daraufhin seinen Diplomatenkoffer und entnahm ihm ein Dossier. „Das ist eine Botschaft von Mister Kissinger an Herrn Honecker“, begann er und ich schrieb mit. „In zwei bis drei Jahren werden wir die DDR anerkennen. Im Vorfeld sollten folgende Fragen geklärt werden...“ Unser Gespräch endete mit der abermaligen Aufforderung, unbedingt nach Washington zu kommen.

Nachdem ich mich mit dem gerade in San Jose anwesenden Nationalen Vorsitzenden der KP der USA, Henry Winston, und anderen Personen beraten und Berlin durch einen TASS-Korrespondenten via Moskau informiert hatte, flog ich tatsächlich zu Gesprächen in die USA-Bundeshauptstadt. Sie sollten künftiger Normalität den Boden bereiten helfen.

Anfang Mai wieder in Berlin, ließ mich Erich Honecker ins „Große Haus“ kommen. „Ich habe bereits einen russischen Text. Jetzt brauche ich von Dir den deutschen“, forderte er mich zum Bericht auf.

Fitzgerald, der mich als „Boten“ benutzt hatte, sah ich einige Monate später wieder. Wir trafen uns in einer Bar des Westberliner Hotels Kempinski. Die USA waren zu jener Zeit noch nicht zu Gesprächen auf dem Boden der DDR-Hauptstadt bereit.

Als ich im Mai 1988 - Hermann Axen begleitend - wieder in Washington war, gelangte ich im State Department bis in die Räume von USA-Außenminister George Shultz. Mit von der Partie war natürlich DDR-Botschafter Dr. Herder. Schließlich kamen wir aus einem Land, das längst weltweite Anerkennung genöß. Eine Tatsache, die die Bonner Annexionspolitiker von Kohl bis Schröder gerne aus der Geschichte streichen möchten.

**Klaus Steiniger**



## Leserbriefe

Zu den erfreulichen Urlaubserlebnissen gehörte auch der „RotFuchs“, den uns unser Sohn aus Berlin nachschickte. Ich bitte jedoch darum, ein kleines Dementi in geeigneter Form in den nächsten „RotFuchs“ einzuschleiben.

In dem Bericht über „Wahlen 98 - Müllers im Gespräch“ ist in der mittleren Kolumne im mittleren Absatz, Zeile 10 von unten ein Mißverständnis enthalten. Dort heißt es, Hanfried Müller habe unterstrichen, „daß sich alle Kandidaten der Offenen Listen zum PDS-Wahlprogramm bekennen müßten, was selbstverständlich auch für DKP-Mitglieder gelte“. Tatsächlich habe ich Manfred Müllers Argument, DKP-Mitglieder könnten darum nicht auf Offenen Listen der PDS kandidieren, weil ihre eigenen parteipolitischen Positionen mit denen der PDS konkurrieren könnten, entgegengehalten, das könne man dadurch ausschließen, daß sich alle Kandidaten Offener Listen nicht etwa, wie es im „RotFuchs“ heißt, auf das Wahlprogramm der PDS, sondern auf ein Wahlprogramm aller Kandidaten der Offenen Liste verbindlich festlegen. Ich meinte, es wäre wünschenswert, daß sich alle Kandidaten Offener Listen - parteilose sowie PDS-, DKP- und sonstige Mitglieder sozialistischer Parteien - weder auf ein reines PDS-Programm verpflichteten noch etwa zu gar nichts, sondern auf ein von ihnen selbst gemeinsam mit den PDS-Mitgliedern unter den Kandidaten beschlossenes Wahlprogramm.

**Hanfried Müller, Berlin**

\*\*\*

Lieber „RotFuchs“, Du gefällst mir, weil Du mit Deinen hochkarätigen Mitarbeitern gegen die schwarze Zunft, gegen all die Hintzes, Eppelmänner, Gaukler und Co. ein wirkungsvolles Gegengewicht darstellst, das die Hauptstadt so dringend braucht.

Die in Deiner Nr. 5 beschriebenen gemeinsamen Aktivitäten von Berliner DKP- und PDS-Mitgliedern sind aufschlußreich und zahlreichen Gruppen sicherlich Ansporn zu Initiativen für den Einzug der deutschen Linken in den Bundestag.

Wenn den Berliner Genossen trotz unterschiedlicher Standpunkte in politischen Grundfragen gemeinsames Handeln, d.h. Bündelung des beträchtlichen linken Potentials gelang, so dürfte dies m.E. zukunfts-trächtig sein und zu Hoffnungen Anlaß geben.

Lieber „RotFuchs“, zunehmenden Einfluß in der Berliner Politszene und darüberhinaus wünschend lege ich Dir einen Satz Briefmarken bei.

**Paul Pohland,**

*PDS-Mitglied im Kreis Chemnitzer Land*

Vieles stimmt mich optimistisch, manches

erfüllt mich aber mit Sorge. Ich werde wie bisher, wo immer sich eine Gelegenheit bietet, meine bescheidenen Möglichkeiten einbringen. Zwei Dinge sind für mich unumstößlich: Das ist meine Haltung zum Marxismus-Leninismus - natürlich unter Beachtung gesammelter positiver und negativer Erfahrungen. Das ist die Bereitschaft, die DDR als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung zu verteidigen. Ohne diese Positionen wären unsere Bemühungen, in die ich mich einzubringen versuchte und versuche, ohne Sinn und Ziel. So werden wir weiter ringen und streiten.

**Heinz Keßler, JVA Hakenfelde**

\*\*\*

Liebe Genossen, ich entschuldige mich, denn ich benutze eine Anrede, die mir nicht mehr zusteht. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Übersendung der Juni-Ausgabe des „RotFuchs“. Ich habe sie mit großem Interesse mehrfach gelesen. Endlich eine mir vertraute Sprache, endlich werden Ereignisse („Wende“, „17. Juni“ usw.) beim richtigen Namen genannt. Persönlich bin ich tief berührt, daß der Opfer der Sieger-Justiz gedacht wird.

Obgleich Straftrentnerin in diesem Abzockerstaat, übersende ich als Anlage gern eine Briefmarkenspende.

Mir sehr herzlichen Grüßen

**Lydia Männchen, Berlin-Hellersdorf**

\*\*\*

Zuerst möchte ich mich für den „RotFuchs“ bedanken, der mich seit seiner Nr. 1 regelmäßig erreicht. So ein Blatt hat in der linken Presselandschaft bisher gefehlt. Macht weiter so und laßt Euch nicht die scharfen Fuchszähne ziehen!

Grund für meine Zuschrift ist der Artikel „Biskys Geschichtsbild“ in Nr. 5. Wieso eigentlich meint K.S., daß Biskys ADN-Interview zum 17. Juni, „viele Genossen der PDS ... schockieren“ wird? Wir sind doch inzwischen einiges gewöhnt. Mich hätte eher schockiert, wenn ich etwas anderes vernommen hätte, werden doch mit schöner Regelmäßigkeit zu bestimmten geschichtsrelevanten Jahrestagen von führenden PDS-Funktionären unaufgefordert ähnlich lautende Statements abgegeben.

Ein solcher Kotau vor dem ominösen Zeitgeist, dem Ausdruck der herrschenden Ideologie, die immer die Ideologie der Herrschenden ist, wird von vielen PDS-Mitgliedern abgelehnt. André Brie hat dafür seine eigene Erklärung: Vor allem ältere Mitglieder seien weder willens noch in der Lage, die damaligen Vorgänge zu objektivieren, sie seien „unfähig, sich von einem Geschichtsbild zu verabschieden, das durch persönliche Erlebnisse allein geprägt ist“. (Berliner Zeitung vom 17.6.1998, S. 5) - Ein Kommentar erübrigt sich wohl.

Umso angenehmer berührte mich, was K.

Andrä zu seinem Auftreten vor jungen PDS-Genossen und-Sympathisanten in Weißensee schreibt. Im Gegensatz zu den in meinen Augen beleidigenden Äußerungen des PDS-Wahlkampfleiters, der die „lernfähigen“ älteren Mitglieder anscheinend nur noch als Beitragszahler und Stimmvieh braucht, scheinen für diese jungen Menschen die persönlichen Erlebnisse der Älteren sehr wohl wichtig zu sein. Das läßt mich hoffen, daß die Enkel es besser ausfechten werden, möglichst zusammen mit der Großeltern-Generation und ohne Berührungsängste, wenn es um Kommunisten geht.

**EvKo, Berlin**

(Der Name ist der Redaktion bekannt)

\*\*\*

Gestern hielt ich zum ersten Mal die Zeitschrift „RotFuchs“ Nr. 5 in Händen. Bitte macht weiter so. Ist es möglich, daß Ihr mir auch die Nummern 1 bis 4 per Post schicken könntet? Und ab Nr. 6 möchte ich den „RotFuchs“ regelmäßig lesen. Lege 20 DM als kleine Soli-Spende bei.

**Manfred Schmidt, Leipzig**

\*\*\*

Besten Dank für die Zusendung des „RotFuchs“. Wie ich von Kurt Gossweiler hörte, gab er dazu die Anregung, wir beide sind in unseren Auffassungen eng miteinander verbunden ... Ihr seid darum bemüht, daß die DKP einheitlich zu ihren ursprünglichen Grundlagen zurückkehren möge. Ich zitiere Bruni Steiniger: „So setzen wir uns ganz besonders für die unzertrennliche Einheit von Marxismus und Leninismus ein, so sind wir von der am Leben geprüften Gültigkeit der Leninschen Partei-, Staats- und Revolutionstheorie, von seiner wissenschaftlich exakten Imperialismus-Lehre zu tiefst überzeugt.“ Das ist sehr gut, trifft aber leider für die DKP und insbesondere ihre Führung bei weitem nicht zu, wie auch der 14. Parteitag offenbart hat.

Ich wünsche Euch Erfolge bei Eurem Bemühen im genannten Sinne, wenn auch mit Skepsis gemischt. Eine Spende von 20 DM anbei.

**Willi Belz, Kassel**

\*\*\*

Besten Dank für das erste mir zugänglich gewordene Exemplar des „RotFuchs“. Es zeigt von der ersten bis zur letzten Zeile journalistische Perfektion bei aller Begrenztheit der Mittel. Ich würde die Zeitung gern ständig erhalten. Lassen Sie mich bitte wissen, was das Abo kostet.

**Gerhard Moest, Leipzig**

\*\*\*

Die wochenlange lebhaftige Debatte im ND zum 17. Juni 1953 beweist, daß viele offensichtlich ganz anders denken, als es sich die meisten führenden PDS-Funktionäre wün-

schen. Jeder sieht, wo diese Gesellschaft hinsteuert. Und da helfen keine gebetsmühlenartig wiederholten antikommunistischen „Gedenkhämmer“, die zum 21. April 1946, zum 17. Juni 1953 und zum 13. August 1961 mit der Absicht der Geschichtsverfälschung in die Presse lanciert werden. Diese Tage sind dem deutschen Imperialismus ein Dorn im Auge. Es sind Daten der Niederlage der deutschen Bourgeoisie. Was den 17. Juni betrifft: Ich war damals drei Jahre alt und bin noch heute den Genossen und der Sowjetarmee dankbar dafür, daß sie dem Spuk schnell ein Ende setzten. So blieb mir eine Kindheit mit arbeitslosen Eltern, Perspektivlosigkeit, unbezahlbaren Mieten, Sozialhilfe, hohen Kriminalitätsraten sowie braunem Geist und Inhalt, vor allem aber ein heißer Krieg erspart. Das verdanke ich dem Sozialismus, der am 17. Juni 1953 gegen die Konterrevolution verteidigt wurde.

**E. Rasmus, Berlin-Hohenschönhausen**

\*\*\*

Hoherfreut erhielt ich Eure Zeitung „RotFuchs“ Nr. 5 (die Nummern 1 bis 4 sind mir leider nicht bekannt. Können sie nachgeliefert werden?) Ich kam gerade von der Landesmitgliederversammlung der DKP Sachsen-Anhalt nach Hause, als Euer „schlaues Füchlein“ bei mir auf dem Tisch lag. Schon beim Durchsehen der Zeitung und beim Lesen der Namen (Heinz Keßler, Walter Florath, Klaus Steiniger, Karl-Eduard von Schnitzler u.a.) war mir klar, was im „RotFuchs“ für eine marxistisch-leninistische Klinge geschlagen wird! Auch auf unserer Landesmitgliederversammlung spielte der „RotFuchs“ in der Diskussion, bei der kritischen Bewertung des 14. Parteitages eine wichtige Rolle. Besonders die halbherzige Position von einigen verantwortlichen Genossen des Parteivorstandes der DKP gegenüber der Feststellung „Der Sozialismus in der DDR ist die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“ stand zur Kritik. Nicht, daß wir noch immer von „Kommunisten-West“ und „Kommunisten-Ost“ sprechen ist das Problem - vier Jahrzehnte unterschiedliche Erfahrungen kann man nicht über Nacht einebnen -, sondern daß diese Grundsatzfrage dem „Selbstlauf“ überlassen bleibt. Was ist Eure Meinung dazu?

**Karl Hertel, Dessau**

\*\*\*

Die Aufmachung des „RotFuchs“ finde ich gefällig. Will sagen: Es sind überschaubare, gut lesbare Artikel und auch die Mischung von längeren Beiträgen und Kurzmeldungen paßt. Noch ein Wort zur Mai-Ausgabe: Die Auffassung von Renate Schönfeld, daß es hilfreich wäre, mit Nazi-Skins nach Polen und Buchenwald zu fahren, um ihre Ausländerfeindlichkeit zu erschüttern, teile ich nicht. Ich finde es aber gut, daß der Artikel veröf-

fentlich wurde, da er Stoff für eine Diskussion bietet. Der Beitrag des Genossen Karl Eduard, in dem er in gewohnter Manier aktuelle Entwicklungen in den historischen Kontext stellt und somit das Prinzip enthüllt, ist natürlich hervorragend. Die Würdigung des Genossen Max Reimann finde ich ebenso gelungen wie die Reporterskizzen über die Longuets.

Eure Zeitung sprengt m. E. den traditionellen Rahmen einer „Kleinzeitung“, was aus meiner Sicht eine positive Kritik ist. Normalerweise beschränkt sich eine Kleinzeitung ja auf aktuelle örtliche Veranstaltungshinweise, Berichte aus dem Kreisvorstand usw. So funktioniert z. B. unser „Heißer Draht“. Der „RotFuchs“ hingegen deckt darüberhinaus auch die Bereiche Ideologie, Kultur, Geschichte u. a. ab, was wiederum die Ursache dafür sein wird, daß die Zeitung auch überregional Interesse erweckt hat.

**Heinz-W. Hammer, Essen**

\*\*\*

Mit großer Freude habe ich den jüngsten „RotFuchs“ gelesen und gratuliere Euch erneut zu dem sehr gelungenen Werk. In nicht allzu ferner Zukunft sehe ich da eine Zweiwochenschrift heranwachsen, mit überregionaler Ausstrahlung und Bedeutung. Besonders für die ostdeutschen Kommunisten halte ich das für sehr wichtig. Sie brauchen in manchen Sachen eine Ergänzung zur UZ. Lese Stück um Stück die Beiträge aus Gossweilers Buch, ganz hervorragend. Hoffentlich bleibt uns dieser Kämpfer noch lange erhalten.

**Gerhard Feldbauer, Rickenbach/Schwarzwald**

\*\*\*

Habe in „Offensiv“ vom „RotFuchs“ und seinen Themen gelesen. Möchte mich näher informieren. Schickt mir bitte ein aktuelles und vielleicht ein älteres Exemplar. Kleine Spende anbei. Alles Gute für Euch und den „RotFuchs“.

Solidarische Grüße

**Gudrun Elisabeth Huhn, Essen**

\*\*\*

Herzlichen Dank für die schnelle Zusendung des „RotFuchs“, nachdem ich erst bei der Großdemo darum gebeten hatte. Als ehemaliger Genosse der SED suche ich im Moment noch einen Platz in dieser Gesellschaft. Daß dieser Platz links angesiedelt ist, versteht sich von selbst, da ich dem Gedanken des Sozialismus nach wie vor verbunden bin. Die Marxsche letzte Phase, den Kommunismus, halte ich allerdings für nicht realisierbar (nicht erst seit heute). Die sozialistische „Leistungsgesellschaft“ ist meines Erachtens auch eine völlig ausreichende menschenwürdige Gesellschaftsform, wenn sie mit den nötigen Sicherungselementen versehen wird, um eine Wiederholung der gravierenden Fehler wie

Unehrllichkeit, Selbstüberschätzung, Arroganz und mangelnde kollektive Führung zu verhindern.

Die Suche nach dem Platz resultiert vor allem auch aus dem mir in vielen Fällen unverständlichen Verhalten meiner ehemaligen Partei, so daß es für mich bisher nur zu Sympathieerklärungen reichte. Offensichtlich ist auch die DKP sehr vielschichtig ...

Ich begrüße die Tatsache, daß DKP und PDS sich gemeinsame Berührungsfelder schaffen und hier der geschichtlichen Erkenntnis zur Spaltung der arbeitenden Massen Rechnung getragen wird. Der Begriff Arbeiterklasse muß erst neu definiert werden. Oder habe ich das verpaßt? Ich würde mich freuen, weiterhin Leser des „RotFuchs“ sein zu können. Damit er erscheinen kann, anbei 20 DM.

**Wolfgang Düll, Berlin**

\*\*\*

Zur ND-Diskussion um den 17. Juni 1953: Die damaligen Ereignisse waren im Wesen eine konterrevolutionäre Provokation. Rebellion, auch Putschversuch halte ich für eine mögliche Charakterisierung. Was die Ursachen betrifft, denke man z. B. an Brecht - politische Unreife (der Arbeiterklasse), Fehler der Partei, Aufbegehren des braunen Gestern. Ich habe diese Zeit in den Buna-Werken, Bezirk Halle, erlebt. Einem Zentrum der Konterrevolution, wo sich die Ereignisse bis Ende Juli hinzogen. Dort standen eindeutig ehemalige Faschisten an der Spitze. Ich glaube, daß diese Tatsache auch die Parteiführung zu der Definition „Faschistischer Putschversuch“ bewegt hat. (siehe Protokoll der 15. Tagung des ZK der SED, 24. bis 26. Juli 1953). Ich bin im Besitz konkreten, detaillierten Materials über den Verlauf in Buna und werde meinen Standpunkt zu diesem Ereignis demnächst niederschreiben.

Vielen Dank für den „RotFuchs“. Es ist immer wieder eine Freude, ihn zu lesen. Er verdient einen größeren Leserkreis. Mein Exemplar wandert weiter.

Habe gerade zwei interessante Broschüren von Hans Heinz Holz (Niederlage und Zukunft des Sozialismus; Kommunisten heute) gelesen. Stimme weitgehend mit seinen Positionen überein, besonders was das Leninsche Parteiverständnis betrifft.

**Dieter Itzerott, Torgau**

\*\*\*

Zuerst einen herzlichen Glückwunsch zu Eurem „Rotfuchs“. Er wird bei uns sehr aufmerksam und mit Interesse gelesen. Die Kleinzeitungen waren und sind aus dem politischen Leben der DKP gar nicht wegzudenken. So freut es uns um so mehr, daß auch in Berlin Kleinzeitungen an die Frau oder den Mann gebracht werden... Wir haben selbst viele produziert, von daher kennen wir Eure Arbeit und freuen uns auf jeden „Rotfuchs“. Macht weiter so. Anbei eine kleine Spende.

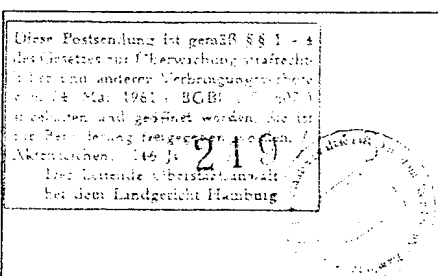
**Gerda Mies, Mannheim**

## Am Rande bemerkt

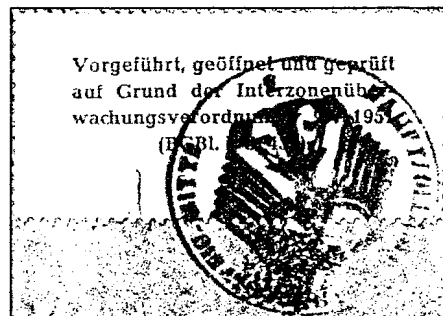
□ Vor dreißig Jahren, am 14. Juli 1968, starb in Moskau Konstantin Paustowski (geboren am 31. Mai 1892). Ich erinnere an den russisch-sowjetischen Erzähler und Publizisten mit einem Zitat von ihm über Michail Prischwin. „Prischwin ist ein Schriftsteller von ganz eigener Art. Mit keinem anderen läßt er sich vergleichen, weder bei uns noch in der Weltliteratur. Vielleicht ist darum die Ansicht so verbreitet, daß er keine Lehrer und Vorbilder habe. Doch das ist nicht ganz richtig. Denn Prischwin hat einen Lehrer. Jenen einzigartigen Lehrer, dem die russische Literatur ihre Kraft, ihre Tiefe und ihre Beseeltheit verdankt – das russische Volk. Seine Lebenskenntnisse sammelt ein Schriftsteller langsam, Jahr um Jahr, von der Kindheit bis ins hohe Alter; immer steht er dabei in enger Verbindung zu seinem Volk. Gleichzeitig gewinnt er aber auch noch etwas anderes: die unermeßliche Welt von Poesie, mit welcher der einfache russische Mensch tagtäglich lebt. Prischwin ist ein Dichter von wahrer Volkstümlichkeit.“ Das könnte man so oder so ähnlich auch über Konstantin Paustowski selbst sagen – ich möchte diesem „Selbstporträt“ deshalb hier nichts hinzufügen.

□ Was S. R. im letzten RotFuchs über den hübschen FDGO-Stempel im Saarbrückener Knast schreibt („Guten Morgen, Herr Großinquisitor!“), kann ich durch einen amtlichen Aufkleber und einen Stempel aus dem Jahr 1968 bzw. 1969 ergänzen. Auch damals müssen in der Ex-BRD schon ganze Heere von Beamten Tag und Nacht im Dienste der FDGO gewirkt haben – daß sie dabei permanent gegen das Grundgesetz verstießen, hat sie dabei nicht gestört (wenn sie es denn überhaupt gekannt haben!). Darin heißt es z. B. in Artikel 5, 1: „Jeder hat das Recht ..., sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ oder in Artikel 10: „Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.“ Post aus der DDR war in Westdeutschland immer Objekt erhöhter behördlicher Aufmerksamkeit, da war man bei der „Verteidigung“ der sogenannten FDGO nicht zimperlich.

Wenn es um den Kampf gegen die „Zone“ ging, dann galten die zitierten Grundgesetzartikel plötzlich nicht mehr. „Diese Postsendung ist gemäß §§ 1-4 des Gesetzes zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24. Mai 1961 (BGBl. I, S. 607) angehalten und geöffnet worden.“



Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24. Mai 1961 (BGBl. I, S. 607) angehalten und geöffnet worden. Aktenzeichen 219/68.“ teilt der Leitende Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Hamburg mit, während sich das Hauptzollamt Braunschweig kurz faßt: „Vorgeführt, geöffnet und geprüft auf Grund der Interzonenüberwachungsverordnung v. 9. 7. 1951 (BGBl. I, S. 439)“. Viele Sendungen erreichten ihre Empfänger nie – sie



wurden kommentarlos beschlagnahmt und vernichtet. Nur selten waren Proteste erfolgreich; dann erfolgte die Auslieferung aber noch mit oberstaatsanwaltlichem Zeigefinger: „Ich gebe die Schriften frei und übersende sie ihnen angeschlossen, wobei ich davon ausgehe, daß die Schriften zu Ihrer Information und nicht zur Verbreitung bestimmt sind.“

Solche „nicht zur Verbreitung bestimmte Schriften“ waren etwa:

- Die politischen Bürgerrechte in der DDR
- Das sozialistische Gesundheitswesen
- Das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR
- Weißbuch über die Kriegsverbrechen von Bundeswehr-Generalinspekteur H. Trettner
- Schuldig im Sinne des Rechts und des Völkerrechts (Auszüge aus dem Protokoll des Prozesses gegen den KZ-Arzt Fischer)
- Bonn sanktioniert Kriegsverbrechen (Dokumentation über weitere 120 Kriegs- und Sonderrichter Hitlers im Dienste der Erhard-Regierung)
- Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD und in Westberlin.

Die meisten dieser Materialien wären es wert, heute erneut und in noch höherer Auflage als damals verbreitet zu werden. Die Erringung einer sozialistischen Demokratie ist nicht möglich ohne aktiven antifaschistischen Kampf – und für beides sind genaue Kenntnisse eine unabdingbare Voraussetzung.

□ Ob der „Tagesspiegel“ die Müritz als „das nach dem Bodensee größte deutsche Binnengewässer“ bezeichnet oder die Zeitschrift des ADFC Berlin, „RadZeit“, behauptet: „... die Müritz, die mit einer Fläche von 116,8 km<sup>2</sup> Deutschlands zweitgrößter

Binnensee ist“ – beides ist gleich falsch und wird auch nicht durch stetige Wiederholung richtig: Da der Bodensee weder ein deutsches Binnengewässer noch ein deutscher Binnensee ist (sondern ein „Dreiländersee“ – Deutschland, Schweiz, Österreich), ist die Müritz (bitte nicht verwechseln mit dem Müritzsee, den gibt es außerdem noch, aber das haben wir erst das nächste Mal ...) der größte deutsche Binnensee. Vielleicht muß man zwischen D-West und D-Ost erst mal geographische Grundbegriffe klären. (Oder fragen Sie einmal in Baden-Baden oder Konstanz nach der Müritz – Sie werden sich wundern!). Von dem im Alltagsbewußtsein verankerten Nationalismus, der sich hinter dem Denken und Schreiben vom „Bodensee als deutscher Binnensee“ verbirgt, einmal ganz abgesehen ...

Übrigens: Wer in einem beliebigen deutschsprachigen Presse-Erzeugnis der drei Westzonen einschließlich der westlichen Vororte der Ex-Hauptstadt die Müritz richtig als größten deutschen Binnensee bezeichnet findet, der schicke bitte einen Beleg an die RotFuchs-Redaktion!

□ Ergänzend zu meiner Erinnerung an Georg Herwegh im RotFuchs Nr. 3 möchte ich noch hinweisen auf das Buch „Georg Herwegh. Ein Sänger des Proletariats“ von Wolfgang Büttner, erschienen 1970 (2. Aufl. 1976) im Akademie-Verlag, Berlin. Im Mittelpunkt des Buches steht die Darstellung des politisch-ideologischen Werdegangs Herweghs. Büttner schreibt in seinem Vorwort zur zweiten Auflage, seine Arbeit wolle Kenntnisse vermitteln über „einen Dichter, den politische Konsequenz und Parteinahme für das Volk an die Seite der Arbeiterklasse führten, und der in der bürgerlichen Literaturgeschichte aus politischen Gründen teils totgeschwiegen, teils entstellt und verfälscht wurde“. Noch lieferbar ist die reich bebilderte biographische Skizze „Emma Herwegh“ von Michail Krausnick – erschienen als Sonderheft Nr. 83/1998 des „Marbacher Magazins“, ISBN 3-929146-74-6, 128 S., 15 DM. W.M.

### DES RÄTSELS LÖSUNG

Autor des – wir betonten es schon – *nicht* an den Herausgeber des RotFuchses gerichteten Briefes, aus dem wir im letzten RotFuchs-Rätsel (RF 5/98) zitierten, ist J. W. Goethe: er richtete ihn vor 185 Jahren an Heinrich Luden, den Herausgeber der „Nemesis“. Gewissermaßen als Vorläufer des RotFuchses erschien übrigens von eben jenem gesuchten J.W.G. 1794 die epische Dichtung in zwölf Gesängen „Reinke Fuchs“, der wiederum das Volksbuch von „Reinke de Vos“ (1498 anonym in Lübeck gedruckt) zugrunde liegt.



## „Erschließungskonzept“ für Kaulsdorf und Mahlsdorf

# Achtung, Abzocker!

Seit über 25 Jahren wohnen wir in Mahlsdorf, das zum Stadtbezirk Hellersdorf gehört.

Zwölf Jahre war ich dort Vorsitzender des Wohnbezirksausschusses 405 der Nationalen Front. In diesem Kiez - südwestlich vom S-Bahnhof Mahlsdorf - habe ich immer engen Kontakt mit den Einwohnern gehalten. Ihre Probleme beschäftigten mich, zumal es nicht selten auch meine eigenen Sorgen waren. So ist das auch heute. Es ging mir deshalb besonders nahe, als ich durch den Präsidenten des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer e.V. die Wahrheit über das sogenannte Gesamterschließungskonzept Kaulsdorf/Mahlsdorf erfuhr.

Dieses „Konzept“ dreht sich um den Ausbau der verkehrs- und stadttechnischen Infrastruktur - also das Straßennetz mit Strangenerneuerung und Abwasserführung, Gas- und Elektroleitung, Frischwasserzufuhr, Telefonkabel, Geh- und Radwege, Parktaschen usw. Es wäre eigentlich ein löbliches Unterfangen, wenn sich hinter den „harmlosen“ Vorhaben des Senats und der Berliner Landesbank nicht eklatanter Machtmißbrauch und politisches Raubrittertum übelster Art verbergen würden. Die Kommunen, die Banken und „Dienstleistungs“unternehmen möchten gewaltig abzocken, indem sie die öffentlichen Lasten auf die sozial schwachen Anwohner - unter den Haus- und Grund-

stücksbesitzern befinden sich sehr viele Rentner mit relativ niedrigem Einkommen - abwälzen wollen. Schon jetzt ist es schlimm genug, daß wir in Berlin die höchsten Wasserpreise Deutschlands und die unverschämtesten Straßenreinigungskosten aufgebürdet bekommen.

Doch es geht weiter zur Kasse. Denn Kaulsdorf und Mahlsdorf gehören zu den angeblich untergenutzten Einfamilienhausgebieten im Osten der Stadt. Mit „finanziellen Hebeln“ wollen Profitjäger und Immobilienhaie eine Bebauungsverdichtung der Hellersdorfer Siedlungsgebiete vorantreiben. Sie zwingen die Eigentümer von Einfamilienhäusern dazu, ihre Grundstücke zu teilen oder zu verkaufen, falls sie die hohen Kosten nicht tragen können oder wollen. Das ist eine moderne Form der Enteignung oder Zwangsverteilung. „Eigentumstrategie 2000“ nennt das der CDU-SPD-Senat, wobei er vorgibt, im Namen des „Rechtsstaates“ zu handeln.

In einer Information des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer e.V. heißt es unmißverständlich:

„Der Senat will sich endgültig aus seiner Verantwortung für das Gemeinwesen herausstellen... Die Gesamtkosten von 712,83 Mio DM der geplanten Erschließung des Siedlungsgebietes Kaulsdorf/Mahlsdorf ergeben pro Anlieger durchschnittlich 142.566 DM bzw. 71.283 DM bei der beab-

sichtigten Verdopplung der Bebauungsdichte. Einfach unvorstellbar! Für die Projektleitung soll eine spezielle „Erschließungsgesellschaft“ - bestehend aus den Berliner Wasserbetrieben, der GASAG, der BEWAG und der Bankgesellschaft Berlin als Gesamtkoordinator - gegründet werden. Allein dafür entstehen Gesamtkosten von 48 Mio DM bzw. pro Anlieger: 9.600 DM plus MwSt. Diese Gesellschaft soll unter Verwendung der Briefköpfe des Bezirksamtes die Bescheide über die Erschließungsbeiträge versenden und die Zahlungseingänge überwachen. Das ist perfekte, staatlich garantierte Selbstbedienung der Banken! Eine echte Mitbestimmung der Anlieger über den Ausbaustandard ist nicht vorgesehen. Sie tragen nicht nur die hohen Erschließungskosten, sondern werden später auch zu Gebühren für die Straßenreinigung herangezogen...“

„Innovative“ Abzocker sind in Berlin wieder aktiv, so der Präsident des VDDGN, Eckart Beleites. Und Hellersdorfs Bürgermeister Dr. Uwe Klett (PDS) erklärte dazu am 9./10.5.1998 in der „Berliner Zeitung“: „Mit mir ist das nicht zu machen. Niemand hat bisher gefragt, ob die Arbeiten nicht billiger zu haben sind.“ Wenn es ernst werde, so Klett, organisiere er im Siedlungsgebiet eine Bürgerversammlung nach der anderen.

Die DKP wird solche Initiativen unterstützen.

**Roland Ulbricht**

## Unser Revier: Wedding



Der Bezirk Wedding entstand 1920 durch Zusammenlegung der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen sowie von Teilen des Voigtlandes und des Gutsbezirks Plötzensee. Historisch ist der Name auf Rudolphus de Weddinge

zurückzuführen, der um 1200 an gleicher Stelle ein Dorf gegründet hatte.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Wedding zu einem bedeutenden Industrieviertel. Die Arbeiter, die dort angesiedelt wurden, lebten oft nur am Rande des Existenzminimums, was die sozialen Probleme immens verschärfte.

Anfang 1918 protestierten die Werke verlassende Weddingener Arbeiter aus Waffen- und Munitionsfabriken unter der Losung „Wir wollen Frieden und Brot“. Zwei von ihnen wurden dabei durch die Polizei erschossen. Bei den ersten Wahlen zum Bezirksparlament (1920) siegte die USPD. Wenige Jahre später - vor allem während der Weltwirtschaftskrise - gewann die KPD das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterwähler des

Wedding. Bei den Reichstagswahlen 1928 erhielt sie fast 90.000 Stimmen, während auf die SPD nur 75.000 Stimmen entfielen.

Der 1. Mai 1929 ging als „Blutmai“ in die Geschichte ein. Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel wies seine Uniformierten an, mit brutaler Gewalt über eine von der KPD initiierte Mai-Demonstration herzufallen. In der Kösliner Straße richteten die Arbeiter des Wedding Barrikaden gegen den Terror der Polizei. Diese setzte daraufhin einen Panzerwagen mit Maschinengewehr ein. 19 Arbeiter wurden ermordet, über 200 verletzt. Damals wurde die Kösliner Straße weit über Deutschland hinaus als Symbol des Abwehrwillens der klassenbewußten Berliner Arbeiter bekannt, der Wedding international als „Roter Arbeiterbezirk“ zum Begriff. Das revolutionäre Lied „Der Rote Wedding marschiert“ setzte dem kämpferischsten Teil des deutschen Proletariats ein Denkmal.

Bei den schon unter der Nazidiktatur am 5. März 1933 abgehaltenen letzten Wahlen erhielt die KPD 92.000, die SPD 52.000 Stimmen. Auf die Nazis entfielen 61.000 Stimmen. Die Antwort war grausame Abrechnung.

Nach offiziellen Angaben wurden 98 Weddingener von den Faschisten umgebracht und 1.300 inhaftiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bildete der stark zerstörte Wedding zusammen mit Reinickendorf den französischen Sektor.

Heute ist der größte Betrieb des Bezirks die Schering AG mit etwa 6.000 Arbeitern. Die Entwicklung des Wedding wird durch Dienstleistungsunternehmen bestimmt. In etwa 8.000 Betrieben arbeiten z.Z. 53.000 Menschen.

Der Stadtbezirk zählt heute rund 160.000 Einwohner. Nach Kreuzberg hat Wedding mit 30 Prozent den zweithöchsten Ausländeranteil.

17.298 Bürger sind arbeitslos gemeldet, 30.687 Personen erhalten Sozialhilfe.

Bei den BVV-Wahlen 1995 erhielt die CDU mit 36,8 Prozent (1992: 26,9 Prozent) die meisten Stimmen. Auf die SPD entfielen 33,1 Prozent und auf Bündnis 90/Die Grünen 15,3 Prozent. In der BVV verteilen sich die Mandate folgendermaßen: 19 CDU, 18 SPD und 8 BD 90/Die Grünen. Bürgermeister ist Hans Nisblé (SPD).

Die soziale Umstrukturierung und politische Entwicklungen im Bezirk haben dazu geführt, daß der Mythos vom „Roten Wedding“ Geschichte ist.

**Sigmar EBBach**

## Herzliche Glückwünsche

Herzlich gratuliert die DKP Berlin Nordost der bewährten Antifaschistin, streitbaren und engagierten Historikerin, Theologin und gebildeten Marxistin

**Frau Prof. Dr.  
ROSEMARIE MÜLLER-STREISAND**

zu ihrem 75. Geburtstag am 11. August 1998.

Die Jubilarin ist Freund und Feind durch ihre scharfe Klinge sowie durch ihre bestechende Logik bei der Durchdringung des Dickichts reaktionärer Ideologie und pseudosozialistischer Wirrlehren ein unverwechselbarer Begriff. Wir rechnen auf weitere Jahre wackeren Streitens untereinander und gegen den gemeinsamen Feind.

Grüße menschlicher Solidarität und Freundschaft, verbunden mit dem Wunsch nach baldiger Genesung senden wir unserem treuen Genossen

**Prof. Dr. WERNER PFOH**

ans Krankenlager.

Lieber Werner, werde gesund, Deine Gruppe braucht Dich und Deine Erfahrungen!

## Für alle Internet-Surfer!

Beiträge aus dem *RotFuchs* können unter der Webseite <http://ourworld.compuserve.com/homepages/dkpn1/blnno.htm> abgerufen werden.

Die Redaktion

## IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger  
Teterower Ring 37  
12619 Berlin  
Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt André,  
Eberhard Bock, Dr. Sigmar Eßbach,  
Dr. Gerhard Feldbauer  
Walter Florath, Wolfgang Metzger,  
Katrin Hellwig, Werner Hoppe,  
Prof. Dr. Huar, Rainer Rupp,  
Harry Schmitt,  
Karl-Eduard v. Schnitzler,  
Dr. Hartwig Strohschein,

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

## TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wir laden noch einmal sehr herzlich zu dem Gespräch mit Genossen

**Dr. Kurt Gossweiler**

über sein Erfolgsbuch „*Wider den Revisionismus*“ ein, das am **Dienstag, dem 28. Juli 1998 um 19.00 Uhr** im Haus am **Franz-Mehring-Platz 1** stattfindet.

## ZITIERT

### Glaubhaftes FDP-Motto UMFALLER

„Wir wissen, worauf es ankommt und werden in den nächsten drei Monaten bis zum Umfallen kämpfen“, erklärte Außenminister Klaus Kinkel auf dem Leipziger FDP-Parteitag. Ein absolut glaubwürdiges Motto!

(zitiert nach: „*Die Rote Spindel*“, DKP Nordhorn)

### Die Esel und die Nachtigallen

Es gibt der Esel, welche wollen,  
Daß Nachtigallen hin und her  
Des Müllers Säcke tragen sollen.  
Ob recht? fällt mir zu sagen schwer.  
Das weiß ich: Nachtigallen wollen  
Nicht, daß die Esel singen sollen.  
*Gottfried August Bürger*

### PDS Hellersdorf/ DKP Nordost Gespräch vereinbart

Der Bezirksvorsitzende der PDS Berlin-Hellersdorf, Frank Beiersdorff, und der Gruppenvorsitzende der DKP Berlin Nordost, Klaus Steiniger, haben für den 5. August ein Gespräch beider Vorstände vereinbart, um Fragen von gemeinsamem Interesse zu beraten - insbesondere auch die Bündelung linker Stimmen zu den bevorstehenden Bundestagswahlen. Zwischen der PDS Hellersdorf und der DKP Nordost bestehen seit langem gute und kameradschaftliche Beziehungen, die auch darin ihren Ausdruck fanden, daß 1995 ein Mitglied der DKP auf der Offenen Liste der PDS in die Bezirksverordnetenversammlung gewählt wurde.



Clinton in China: „Wo??“

„Ich sagte 'Drei-Schluchten-Damm' ... nicht 'drei schnucklige Damen'“